

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonial-
zeile ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 21. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, 14. Mai. (Fig. Ver.)

Zum Verständnis des belgischen Wahlsystems seien nun
die wichtigsten Bestimmungen wiedergegeben.

Das Plural-Wahlgesetz von 1894 gibt jedem 25jährigen
Belgier das Wahlrecht (eine Stimme).

Eine Stimme mehr erhält der Wähler, der
35 Jahre alt, verheiratet ist, oder, wenn Witwer, legitime
Nachkommen hat und in die Staatsklasse mindestens fünf
Frank's persönliche Steuern (contribution personnelle) zahlt.
(Artikel 4.) Ferner der Wähler, welcher Eigentümer ist, sei es
von Immobilien, die ein Katastraleinkommen von mindestens
48 Fr. ausmachen (was einem Werte von 2000 Fr. entspricht)
oder eines Guthabens auf einer Sparkasse usw., welches
ihm eine Rente von mindestens 100 Fr. einbringt. (Artikel 5.)
Zwei Stimmen mehr erhält der Wähler, der Träger
eines Diplomes, Titels oder Certificats ist, oder eine öffent-
liche Funktion oder einen Privatberuf ausgeübt hat oder
ausübt, die im Artikel 17 und 19 näher bezeichnet sind.
(Artikel 6.) Dies sind nach dem Artikel 17 und 19 alle
liberalen Berufe, Abgeordnete, Minister, Gesandte, Pfarrer,
Räte. Kurzum alle Bürger, die eine höhere Schule besucht
haben, haben zwei Stimmen mehr. Niemand kann mehr als
drei Stimmen erhalten.

Belgien ist in 30 Wahlkreise eingeteilt mit im ganzen
(nach dem neuesten Gesetz) 166 Abgeordneten. Die Zahl der
Abgeordneten ist in den Kreisen verschieden. Sie schwankt
zwischen 2 und 20 (für 40 000 Einwohner je ein Abgeordneter).

Mit den Abgeordneten werden auch für
diese gleich Erfahmänner (Suppléants) ge-
wählt. Folgedessen gibt es keine Ersatzwahlen. Doppel-
kandidaturen sind verboten. Wohl aber kann jemand als
Abgeordneter und Erfahmann gleichzeitig auf
einer Liste kandidieren.

Die gewöhnlichen Wahlen finden regelmäßig am vierten
Sonntag im Mai, von früh 8—11 Uhr statt. Jede Partei stellt
so viel Kandidaten, als sie durchzubringen gedenkt, nebst den
Erfahmännern, von den letztere niemals mehr als sechs,
auf eine Liste und läßt diese 14 Tage vor dem Wahltag
von 100 in dem betreffenden Kreise stimmberechtigten
Bürgern bei der respektiven Behörde einreichen. Letztere
bringt alle Listen des Kreises in der Reihen-
folge der Auslosung auf den offiziellen
Stimmzettel, dessen Herstellung der Staat übernimmt. Die
Stimmzettel müssen in einem Wahlkreise gleich groß sein
und nur mit diesen allein kann gestimmt werden.

Jeder Wähler erhält im Wahllokal von den Prä-
sidenten des Bureaus ein, zwei oder drei Zettel (je nachdem,
wie viel der Wähler Stimmen hat) ausgehändigt.

Die Abstimmung ist für die Stimmberechtigten obli-
gatorisch. Der Nichtstimmende kann zur Geldstrafe ver-
urteilt werden und im Wiederholungsfalle seine öffentlichen
Rechte für die Dauer bis zu zehn Jahren verlieren. — Wir
fügen zur Veranschaulichung hier einen Stimmzettel bei, für
den 5 Abgeordneten zu wählen sind, und um deren Sitze sich
vier Parteien bewerben.

Wahlkreis Ehausen.

Wahl von 5 Abgeordneten, den 27. Mai 1900.

Table with 4 columns (I, II, III, IV) and 5 rows of candidates: Paul, Johann, Albert, Xaver, Alfred, Julius.

Gestimmt kann auf folgende Arten werden:

I. Ist der Wähler mit der Reihenfolge der Kandidaten
resp. Erfahmänner seiner Liste zufrieden, so hat er den
weißen Punkt im Viereck am Kopfe der be-
treffenden Liste schwarz zu machen. Er hat damit
für die ganze Liste, wie sie vorliegt, gestimmt.

II. Ist der Wähler mit der Reihenfolge der Kandidaten
einverstanden, will aber einem Erfahmann den Vorzug geben,
so schwarz er den Punkt im Viereck hinter dem Namen
des Betreffenden. Er hat damit ebenfalls für die Liste ge-
stimmt, aber die Reihenfolge der Kandidaten geändert.

III. Ist der Wähler mit der Reihenfolge der Erfah-
männer zufrieden, will aber die Reihenfolge der effektiven
Kandidaten modifizieren, so schwarz er den weißen
Punkt hinter dem Namen des Betreffenden. Auch hier hat
er wiederum für die ganze Liste gestimmt, jedoch die Reihen-
folge der Kandidaten geändert.

IV. Ist der Wähler weder mit der Reihenfolge der Kandi-
daten noch mit der der Erfahmänner zufrieden, so schwarz er
die weißen Punkte hinter dem Namen des Kandidaten und
des Erfahmannes.

Ungültig sind alle nicht offiziellen Stimmzettel;
alle, wo in zwei Listen gestimmt worden ist; alle,
wo am Kopfe der Liste und gleichzeitig hinter einem Namen
gestimmt; alle die schriftliche Bemerkungen enthalten.

Für gut organisierte Parteien, die Widerstände und un-
gültige Stimmzettel vermeiden wollen, lautet die Parole: Stimme
am Kopfe der Liste. Und in der That genügt dies auch für
eine gut geleitete Partei, weil sie ja allen ihren Angehörigen
Gelegenheit geben wird, bei der Aufstellung der Kandidaten
ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, besonders bei der
Festsetzung der Reihenfolge der Kandidaten, die von
Wichtigkeit ist. Wurde die Parole bei der ersten
Anwendung der R. P. ziemlich allgemein beherzigt, so beginnen
jetzt die Liberalen und Katholiken die Propaganda für Ab-
schaffung des Vetos am Kopfe der Liste und fordern ihre An-
hänger auf, hinter dem Namen des bevorzugten
Kandidaten zu stimmen.

Bei einer Verallgemeinerung des Vetos am Kopfe der
Liste würde der Wähler, der seiner Stimme volle Geltung
verschaffen will, gezwungen sein, sich einer Partei anzuschließen
und nota bene einer starken, denn nur eine
solche kann aus der R. P. den meisten Nutzen ziehen.

Durch die Verallgemeinerung des Vetos hinter dem
Namen wird die Personenmeierei, die Kirchturnspolizei
innerhalb einer Partei groß gezogen, während die
Partei als solche bei beiden Abstimmungsarten keine
Stimme verliert, da man ja eben bei jedem Modus
auch für die ganze Liste, also für die Partei votiert.
Ist in dem betreffenden Wahlkreise nur ein Abgeordneter zu
wählen, so wird der Kandidat als solcher proklamiert, der
die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Sind eine oder
mehrere Listen eingereicht und ist die Zahl der darauf befind-
lichen Kandidaten gleich der zu wählenden Ab-
geordneten, so gelten alle für gewählt. Ist die Zahl der
Kandidaten kleiner, so können die Erfahmänner zu Abgeordneten
avancieren. Ist die Zahl der bewerbenden Kandidaten größer,
als die der zu vergebenen Sitze (und das ist meistens der
Fall) so wird die Verteilung vorgenommen.

Um diesen Modus verständlich zu machen, nehmen wir
gleich ein Beispiel und benutzen dazu den oben abgedruckten
Stimmzettel. Vier Parteien bewerben sich um die fünf
Mandate.

Es fielen beispielsweise auf Liste

I 24 000 II 11 000 III 9000 IV 3000 Stimmen

Die Stimmengahlen einer jeden Liste werden nun successiv
durch 1, 2, 3, 4 u. s. f. geteilt.

I 24 000 : 8000 = 3 II 11 000 : 8000 = 1 III 9 000 : 8000 = 1 IV 3 000 : 8000 = 0

Dann werden so viel Zahlen, als Abgeordnete
benötigt werden (hier fünf), der Größe nach zur Auf-
findung des Zehlers untereinander gesetzt.

24 000
12 000
11 000
9 000
8 000

Die kleinste Zahl (8000) bildet den Zehler.

Liste I 24 000 : 8000 = 3
II 11 000 : 8000 = 1
III 9 000 : 8000 = 1
IV 3 000 : 8000 = 0

Somit erhält Liste I 3, II 1, III 1 Abgeordnete, und
Liste IV geht leer aus. Von der Liste I ziehen Paul,
Johann und Albert, von der II. Valentin und von der III.
Leon in die Kammer ein, die Erfahmänner werden bei einem
Todesfall oder Demission eines Abgeordneten der Reihe nach
berufen.

Wir haben bei diesem unserm Beispiel angenommen, daß
alle Wähler am Kopfe der Liste gestimmt haben und insolge-
dessen die Kandidaten der Reihe nach, wie sie auf der Liste
stehen, ernannt werden.

Ander's gestaltet sich die Sache, wenn diverse Kandidaten
im Viereck hinter ihrem Namen Vetos, oder wie man
diese nennt, Nominalvetos oder Vorzugsvetos aufweisen.
Nehmen wir an, von den 24 000 Stimmen, die auf Liste I
unseres Stimmzettels gefallen sind, wären gezeichnet gewesen:

Am Kopf der Liste 12 000
Hinter dem Namen des dritten Kandidaten (Albert) 4 000
Und hinter Xaver 8 000

Der erste Kandidat bekommt von den Stimmen am Kopf
der Liste so viel er benötigt, nämlich nach unserem Beispiel
8000. Er ist gewählt.

Nun bleiben noch 4000. Da wiederum 8000 Stimmen
benötigt werden, der nächstfolgende zweite Kandidat Johann

aber keine nominellen Stimmen besitzt, so werden diese 4000
dem dritten Kandidaten (Albert) zu seinen 4000 Stimmen
hinzugefügt. Dieser erreicht dadurch den Quotienten 8000 und
ist gewählt. Der 4. Kandidat Xaver ist auf jeden Fall
gewählt, da seine nominellen Stimmen den Quotienten 8000
erreichen. Es ist also durch die Nominalvetos möglich ge-
worden, dem ersten, dritten und vierten Kandidaten die
Mandate zu verschaffen, während der zweite durchgefallen ist.
Hätte aber der dritte Kandidat anstatt 4000 11 000 gehabt,
so wären die Stimmen, die den Quotienten überstiegen, also
3000, mit den noch vorhandenen Stimmen, die am Kopfe der
Liste gezeichnet wurden, auf seinen nachfolgenden Kollegen
übertragen worden etc.

Wir sehen, daß trotz Anwendung der proportionalen
Vertretung von den auf unsere Liste gefallenen 47 000 Stimmen
nur 40 000 bei der Wahl zur Geltung kommen, während
7000 verloren gingen. Bei der erstmaligen Anwendung der
R. P. im Jahre 1900 gingen auf diese Weise 158 643 Stimmen
verloren, das sind 7,7 Proz. der gesamten Stimmen. Die
Hauptursache dieses Stimmenverlustes ist, daß nicht das
ganze Land, sondern nur der Wahlkreis die Einheit
für die R. P. bildet.

Am meisten Stimmenverluste hatten die Kleineren, über
das ganze Land verbreiteten Parteien zu beklagen. Auch
lokale Parteien können ihre Meinung im Parlament nicht
vertreten sehen, wenn sie nicht mindestens 11 000 An-
hänger (durchschnittlicher Quotient) in einem Wahl-
kreis zählen.

Die folgende Statistik giebt ein Bild von der Stärke der
Parteien:

Bei der Wahl 1900 erhielten Stimmen:

Table with 7 columns: Partei, Gesamt, Proz. d. Total, davon nützliche, Proz. d. Total der nützlichen, Sitze in der Kammer, Prozent, Verlorene Stimmen.

\*) Zweifelslos weisen auch die Merkmalen, wenn auch relativ
wenig, verlorene Stimmen auf. Bei dem argen Stand der Wahl-
statistik läßt sich dies nicht genau feststellen.

Politische Ueberfrucht.

Die politische Aktion und die englischen Gewerkschaften.

London, 17. Mai. (Fig. Ver.)

„Ich kann den Titel eines „Arbeiter-Abgeordneten“ nicht an-
kennen,“ erklärte neulich Mr. Austen Chamberlain, der Sohn
des Kolonialministers im englischen Parlament. Die beste Antwort
auf diesen stolzen Ausruf wäre allerdings eine unabhängige poli-
tische Bewegung innerhalb der englischen Arbeiterklasse. Aber
so weit sind wir bekanntlich noch nicht. Jedoch muß
von Zeit zu Zeit auf die Tatsache aufmerksam ge-
macht werden, daß der Gedanke einer politischen Arbeiter-
aktion innerhalb der Gewerkschaften immer weitere Kreise für sich
gewinnt. Die Hauptursache liegt in der veränderten legalen Auf-
fassung der Gerichtshöfe gegenüber den Trades-Unions. Die
Eisenbahnarbeiter in Birmingham beschloßen, für alle
politischen und lokalen Körperschaften eigene Kandidaten aufzustellen,
da die Vertreter der Kapitalistenklasse, die die nationalen
und lokalen Körperschaften beherrschen, die Wünsche und
Bedürfnisse der Arbeiterklasse ignorieren.“ Zu gleicher Zeit
haben die Arbeiter von Jarrow unsern Genossen Pete Curran
als Parlamentskandidaten aufgestellt. Ebenso wird die nächstens
zusammentretende Konferenz der Postbeamten in Edinburgh
über die Aufstellung eigener Kandidaten beraten und höchst-
wahrscheinlich auch mit großer Mehrheit beschließen. Für
Parlamentskandidaten wird bereits gesammelt. Die Postbeamten
wollen ihren Vertreter 300 Pfd. Sterl. (6000 Mark) jährlich
zahlen. Zu diesem Zwecke soll jeder Beamte 2 Schilling
(2 P.) jährlich entrichten. Leider soll damit die Bedingung der un-
abhängigen politischen Stellung der Abgeordneten nicht verbunden
sein. Die Executive sagt hierüber: „Hauptursache ist, daß der Kandidat
von dem Labour Representation Comittee (Komitee für Arbeiter-
vertretung) bestätigt wird. Dagegen steht es ihm frei, sich je einer
politischen Partei anzuschließen.“ Schließlich wird auch die Gewerks-
chaft der Ingenieure (Maschinenbauer, Mechaniker etc.) in der Person
ihres Sekretärs Mr. G. Barnes einen eignen Kandidaten haben.
Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß diese Gewerks-
chaft soeben beschlossen hat, auch fernerhin dem Trades-Unions-
kongresse fernzubleiben.

Die Gewerkschaft der Kesselschmiede, die ebenfalls für
eine besondere parlamentarische Vertretung sorgt, hat neulich eine
Untersuchung anstellen lassen über die Diätenausgaben für
die verschiedenen Arbeitervertreter. Aus ihrem soeben veröffent-
lichten Bericht entnehmen wir folgende Data: John Vurus

erhält 250 Pf. Sterl. (5000 M.) jährlich; N. de II (Generalsekretär der Eisenbahngesellschaft, ebenfalls als Zuschlag zu seinem Sekretärsgehalt; Burt hat 400 Pf. Sterl. (8000 M.), außerdem Wohnung, Beleuchtung, Heizung und Reisepfenn; J. Wilson, 300 Pf. Sterl. und die üblichen Zuschüsse, Fenwick ebenfalls. Die Vergarbeiter-Föderation will 350 Pf. Sterl. zahlen als Zuschlag zum Beamtengehalte, sowie Reisepfenn 1. Klasse. —

## Deutsches Reich.

**Der kommunale Lebensmittelwucher.** Aus einer der Zollkommission des Reichstags übermittelten Nachweisung über die im Jahre 1900 erhobenen Gemeindeabgaben von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Backweizen sowie von Vieh, Fleisch und Fett geht hervor, daß im Deutschen Reich nicht weniger als 1392 Gemeinden derartige indirekte Abgaben und zwar in einem Jahresgesamtbetrage von über 15 1/2 Millionen erhoben. Allein im Königreich Preußen erheben 101 Gemeinden solche Abgaben in Höhe von jährlich 4 750 084 M.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ im Anschluß an diese Mitteilung und unter Hinweis darauf, daß die Stadt Jülich im Jahre 1900 eine Summe von 111 000 M. aus Abgaben auf Lebensmittel gezogen habe, bemerkt: „Die Stadtverwaltung von Jülich aber ist ganz in den Händen der Sozialdemokraten“, wenn das agrarische Blatt weiter sagt:

„So sieht es in Wirklichkeit mit dem freikommunikal-demokratischen Abscheu vor Besteuerung von Lebensmitteln aus. In der Theorie aber ziehen diese Leute mit einem fürchterlichen Aufwand von geschwollenen Redensarten gegen die Brot- und Fleischverteuerer zu Felde.“

Das ist natürlich nur bündlerische Lüge. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie in Jülich nicht die Stadtverwaltung in der Hand, sondern bildet dort nur eine Minderheit. Was aber der Lüge der „Deutschen Tageszeitung“ zu Grunde liegt, das ist die längst klar gestellte Meinung unsrer Genossen in Jülich, die erklärt haben, es sei aus besonderen örtlichen Verhältnissen nicht möglich, in Jülich ohne weiteres die indirekten Abgaben aufzuheben, es müsse diese Reform in Verbindung mit einer allgemeinen staatlichen Steuerreform durchgeführt werden. Die Freunde der „Deutschen Tageszeitung“ in Bayern brauchen nur für eine bessere Staatssteuer-Beseitigung Sorge tragen, dann ist die Frage gelöst.

Interessant ist es aber, daß das Bündlerorgan sich so lebhaft gegen den Lebensmittelwucher der Kommunen erregt, der doch nur 15 1/2 Millionen beträgt! Das ist eine Witzigkeit gegenüber dem Milliardenwucher der agrarischen Zollforderungen! —

## Fleischschau.

Der Gesetzentwurf über die Ausführung des Fleischschau-Gesetzes ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen.

Der Gesetzentwurf schreibt vor, daß in Preußen Schweine und Wildschweine, deren Fleisch zum Genuss für Menschen verwendet werden soll, in allen Fällen einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen unterliegen. Ebenso muß rohes oder zubereitetes Fleisch von Schweinen und Wildschweinen, das aus einem anderen deutschen Bundesstaat in Preußen eingeführt wird, amtlich auf Trichinen untersucht werden, sofern es zum Genuss für Menschen verwendet werden soll und nicht bereits einer amtlichen Trichinenschau unterlegen hat. Ausgenommen hiervon sind ausgezeichneter Fett, Fleisch in luftdicht verschlossenen Gefäßen oder ähnlichen Gefäßen, Würste und sonstige Gemenge aus zerhacktem Fleisch, sowie das zum Reiseverbrauche mitgeführte Fleisch.

In Gemeinden, mit Schlachthauszwang unterliegen alle in das öffentliche Schlachthaus gelangenden Schlachttiere vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung, auch insoweit nach dem Reichsgesetz und den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats ein Untersuchungszwang nicht besteht. In Gemeinden mit Schlachthauszwang darf die Schlachtvieh- und Fleischschau im öffentlichen Schlachthaus nur durch approbierte Tierärzte ausgeübt werden. Jedoch können zur Ausführung der Trichinenschau und zur Unterstützung bei der Finnenschau auch andere Personen, die nach den hierüber ergehenden besonderen Vorschriften genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, zu Besuchern bestellt werden. Auch darf in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern Personen, die nicht die Approbation als Tierarzt besitzen, aber die Befähigung als Fleischbeschauer nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen erlangt haben, mit Genehmigung der Landespolizeibehörde ausnahmsweise die Schlachtvieh- und Fleischschau in den öffentlichen Schlachthäusern abtragen werden.

Für den Verkauf minderwertigen, nur bedingt tauglichen Fleisches sollen in Gemeinden mit Schlachthauszwang besondere Verkaufsstellen, Freibänke, eingerichtet werden. Ausnahmen können für Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern bewilligt werden. Dieses Fleisch darf nur zum Verbrauch im eignen Haushalt des Erwerbers oder an besonders konfessionierte Gast-, Schank- und Speisewirte verkauft werden. Auch kann der Verkauf an einen Erwerber auf ein Höchstgewicht pro Tag beschränkt werden.

**Den heiligen Jungergeist** giebt ein Herr v. G. in der Pfingst-Kammer der „Kreuz-Zeitung“ aus. Dieser Edle jubelt der herrlichen Freireiher Rede des Reichstags von Dürant gegen die Wissenschaft aus vollem Busen zu. Um so schmerzlicher berührt es ihn, daß diese bedeutungsvolle Anregung, einige Verfallsbezeugungen abgerechnet, von seinem der vielen dort versammelten rechtsläubigen Männer unterstützt, ja daß derselben sogar — und das von autoritativer Seite — widersprochen wurde.

Die Freiheit der Wissenschaft habe ja eine gewisse Berechtigung, sie dürfe aber niemals so „ausarten“, daß sie die Leute gottlos macht:

„Vor allem ist es immer die Freiheit der Wissenschaft, auf die solche Widersprüche sich stützen zu können vermehren. Gewiß hat die Freiheit der Wissenschaft eine gewisse Berechtigung, dieselbe darf doch aber niemals so ausarten, daß sie die Leute gottlos macht. Und das geschieht durch die Lehre der modernen Theologie, die mit ihren Orakel und Evangelium anzuweisenden Hypothesen und fächeren (!) Ergebnissen der Wissenschaft ganz dazu angetan ist, das unheimlich evangelischen Volke nach Glauben und Lehre Gewissens ins Ungeheuer zu verwandeln, unsern armen Volke den Frieden zu rauben und dasselbe loszulösen von jeglicher Autorität, göttlicher und menschlicher. Wäre es nicht zur Befriedigung des hochmütigen Wissensdranges, weshalb braucht dann die herrliche Theologie, die Wissenschaft aller Wissenschaften, so ängstlich nach Neuem zu suchen und so viele Schlangengenen zu stellen?“

Aber v. G. begnügt sich nicht damit, die Theologie gesund zu beten; er verlangt, daß die Kirchengewalt einschreite und die Ketzer, will sagen, die harmlosen liberalen Theologen, aus Amt und Würden jagt:

„Wir sind der Ansicht, daß Professoren, die nicht in der Lage sind, eine Theologie zu lehren, welche auf dem Grunde der Bekenntnisse unsrer Kirche steht, nicht an den Hochschulen des Staates auf den Kathedern für evangelische Theologie geduldet werden dürfen, und daß Pastoren, deren Gewissen es ihnen nicht erlaubt, auf Grund des Apostelkennens zu lehren und zu predigen, auf ein Pfarramt innerhalb der evangelischen Landeskirche verzichten müssen.“

So müssen wir denn für das vom Reichstags v. Dürant im preussischen Herrenhaus zur Wahrung unsrer teuersten Güter gesprochenes Wort von Herzen dankbar sein, und wollen der Hoffnung leben, daß es in unserm Vaterlande, namentlich unter den berufenen Wächtern, niemals an Männern fehlen werde, die mutig eintreten für Gottes Wort und Luthers Lehre, nach dem Vorbilde unsres kaiserlichen Herrn und obersten Bischofs in seinen löstlichen Bekenntnissen zu Wittenberg und Jerusalem und nach seiner Willensmeinung, ihm hilfreich zu sein im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung.“

Kugensichtlich scheinen ja diese Bestrebungen „oben“ nicht sehr gern gesehen zu werden. Herr Gernard ist beliebter als Herr Stöcker. Immerhin bilden diese Epigonen des Mittelalters noch eine Macht. Daß sie von den Schlangengenen der Wissenschaft nichts wissen wollen, ist ja sehr begreiflich. Die Wissenschaft belächelt den Zöllner; und die „Offenbarung“ des Christentums verdrängt sich auch nicht mit der Verteuerung des täglichen Brotes. Also unterlasse man solche Schlangengenen und folge blind und demütig den Zöllnern vom heiligen Geist! —

**Der Lieberische Wahlkreis.** Der Bund der Landwirte hat im Wahlkreis Unterwiesenthal-Reinhard bei der Erziehung für Dr. Lieber die Absicht, einen eignen Kandidaten zwischen den national-liberalen und Centrums-Kandidaten einzuschleichen, da der national-liberale Kandidat Strawinkel schwerlich die Forderung des Bundes erfüllen wird, er solle sich von vornherein für die hohen Getreidepreise erklären, an denen der Bund festhält. Das Centrum hat den Rechtsanwalt Dahlen aus Oberstein a. d. Nahe als Reichstags- und Landtags-Kandidaten angesetzt.

**In der zweiten badischen Kammer** — so schreibt man uns aus Karlsruhe — stehen gegenwärtig die Verhandlungen im Zeichen der Landwirtschaft und jeder Abgeordnete, der einen Vortritt unter seinen Wählern hat, läßt sich in die Rednerliste einschleichen, um über den Dung, die Torfstreu, die Reblaus oder den Kartoffelkäfer einige wichtige Worte zu verlieren. Hier meldet sich generaliter die halbe Kammer zum Wort und von der Erörterung großer Gesichtspunkte ist selten die Rede; die Sozialdemokratie bekundet durch ihren Fraktionsführer Eichhorn ihre grundsätzliche Haltung auf diesem Gebiete. Jetzt sehen allmählich die Klagen über die Verzögerung der Legislatur ein, man brüht menschenmörderische Schlußanträge und hört die Agrarier wimmern über Vergeilung, die parlamentarische Freiheit und Gerechtigkeit. Da wird der neidische Vorwurf erhoben, daß man für die Schulen und den Lehrerstand zu viel Zeit im Landtage übrig gehabt hätte, und die Agrarier und Liberalen rufen damit zunächst gegen die sozialdemokratische Fraktion. Es ist Tatsache, daß unsre Partei diesmal beim Etat der Mittelschulen für die Lehrerschaft tapfer stritt, um eine Schmach abzuwenden. Abg. Sed brachte auf Grund authentischer Materialien die Fragepädagogie an der Lehrer-Bildungsanstalt Meerzbühl zur Sprache, wobei ihm der Genosse Eichhorn in der langwierigen Debatte sekundierte. Es galt auch für die unabhängige Presse der freien Lehrerschaft einzutreten. Den widersprechenden Standpunkt nahm das Centrum ein; der Umstand, daß der Obersteig ausstellende Seminardekan ein katholischer Pfarrer ist, entfachte den Feuersifer der Liberalen. In der Hitze des Gefechtes pries der Centrumsführer Bader den katholischen Alerns als den besten Freund des Volkstandes seit Menschengedenken. Die Generaldebatte über die Volksschule, deren unzulässige Rückschrittigkeit der Oberstaats-Direktor selber anerkannte, folgte nach der Erlebung des Finanzgesetzes bei den Anträgen aus dem Hause zur Schulreform. Mit großer Erbitterung nahmen die Volksschullehrer im Lande die Nachricht an, daß die Regierung die Anträge zur Gehaltsaufbesserung der Lehrer — der sozialdemokratische ist der weitgehendste — alle rundweg ablehnte und sich nur zu der außerordentlichen gnadenweisen Zulage — 50 M. — erweichen ließ. Für ein solches Finanzgesetz wird sich eine wahre Volkspartei nicht begeistern können. —

## Ausland.

### Enttäuschungen über Herrn Wolf.

—st. Wien, 19. Mai 1902.

Unter dem schreienden Titel: Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehelos erklärt habe! ist heute eine Flugchrift erschienen, die im Auftrag der Aldeutschen Vereinigung der Abgeordnete Dr. Schall verfaßt hat. Die Flugchrift erzählt Alles und Neues, aber durchaus nichts Lobendes über Herrn Wolf. Ueber die bekannte Verführung der Tochter eines Parteigenossen werden folgende neue „Tatumsstände“ berichtet: Herr Wolf hätte dem Mädchen der Tochter des Abgeordneten Schall versprochen, er werde sich von seiner Frau scheiden lassen. Die Kasssäge, die Herr Wolf der Verführten gegeben haben soll, „streifen nahezu das strafrechtliche Gebiet“. Weiter wird erzählt, daß sich Herr Wolf dem Scherz gelehrt habe, den Bräutigam dieser Dame die Duzbrüderchaft anzutragen, daß er zur Hochzeit gekommen sei, sich „in einer geschmacklosen Rede als Tanzpaar des ersten Kindes empfohlen“, das junge Paar eifrig zum Besuch geladen und ein Steidichein für die Hochzeitreise verabredet hätte. Ueber all-deutsche Theorie und Praxis unterrichtet folgende Mitteilung: „Wolf brachte es zusammen, unmittelbar nach einer Rede über die aldeutschen Hochziele ein noch unter dem Banner seiner Worte stehendes Mädchen, das diesem Apostel einer sittlichen, reinen Weltanschauung wie einem Herrgott trante, unter seinen unzulässigen Willen zu zwingen und dann in dem gewohnten Bräutigam der Ueberzeugung einen künftigen Toast über das deutsche Edelvolk zu sprechen.“ Dann wird noch angedeutet, Herr Wolf hätte sich nach einer Bismarckfeier „in einem öffentlichen Lokale einer Vergeißelung erregenden, höchst unanständigen Handlung schuldig gemacht“.

Erstler als diese sittliche Enttäuschung, die zu pointiert ist, um nicht für geheuchelt gehalten zu werden, sind die Mitteilungen über die finanzielle Unmoral, der sich Herr Wolf als Herausgeber des aldeutschen Centralorgans, der „Ostdeutschen Rundschau“, hingegen haben soll. Ein Bestimmungsgenosse hätte ihm auf eindringliche Bitte eine Anzahl genau numerierter Wertpapiere zur Verpfändung anvertraut, wobei Wolf mitgeteilt wurde, daß dem Freunde das Verpfändungsrecht über die Papiere selbst nicht zustehe. Herr Wolf hätte sich auch mit Ehrenwort verpflichtet, die Papiere nicht zu verkaufen, habe sie aber verkauft und sich am Rückzahlungstage gar nicht gemeldet. Nach Abschaffung der Zeitungsfunktionen (im Jahre 1894) hätte Herr Wolf die von einem Parteigenossen beehrten Kautionspapiere für sich verwendet, so daß der Darlehensgeber das Nachsehen hatte. Nicht ohne pflanzten Veigeschmack ist die Mitteilung, die Wechsel der „Ost. Rundschau“ — die sich, wie Herr Schall versichert, seit ihrem Bestande in statu eridias befindet — wüthen von der geschicklichen Finanzkunst des Wolf und von dem Juden Luciar Brunner exkompliert, woraus es beruht, daß das Wolfische Blatt begründeten Angriffen gegen ein preussisches Unternehmen, wobei die Geschäftswelt und namentlich der Handwerkerstand große Verluste erlitten — gemeint ist offenbar ein Wiener Varietés — die Aufnahme verweigere und sogar die Einsichtnahme in das Beweismaterial rundweg zurückgewiesen habe. Herr Wolf, so wird weiter berichtet, hätte es mit seiner Ehre verächtlich gefunden, „von einer Persönlichkeit Geld zu begehren, die über die Verwendung von Schweigegeheimnisse kartellierten Unternehmungen von maßgebendem Einflusse ist“, und „von einer, ihm sonst nicht näher bekannten Größe einer Partei, die von den Aldeutschen seit Jahrzehnten als die Hauptursache der nationalen Verelendung der Deutschen belampt wird, erbat sich Herr Wolf Geld in merkwürdig dringlicher, ja schon zu dringlicher Weise.“

Die Unbestimmtheit im Pumpen soll aber bei Herrn Wolf geradezu in der Weltlichkeit angeartet sein. Die Geschichte des Herrn Guttman, der als Redakteur der „Ost. R.“ vom Julekariell 17 000 Kronen erhielt und als Verwalter des Blattes Herrn Wolf 8000 Kronen borgte, ist bekannt; die Flugchrift behauptet, Herr Wolf sei der eigentliche Sachverhalt wohl bekannt gewesen. Sonst wird noch erzählt, daß Herr Wolf mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft, an deren Spitze der bekannte jüdische Financier Lamsky steht, einen Pauschalien-

vertrag geschlossen habe, in dem er die Verpflichtung übernahm, „sich in der Kritik der an der Spitze des Instituts stehenden Funktionäre einer Reserve zu beschließen“. In einem Vertrage mit der Südbahn sei die Kritik des Rohmaterials zugelassen, aber die Kritik gewisser Persönlichkeiten „ausgeschlossen“. Herr Wolf sei auch Kollaborator der Gröndbank und hätte sich nicht abgeneigt gezeigt, „mit einem Ministerium zu pauschalieren“. Von einer ganz neuen Seite offenbart sich der Aldeutsche in der Mitteilung, Herr Wolf wäre bereit gewesen, sein Blatt der russischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Herr Wolf habe mit einem russischen Emisär bereits verhandelt und wäre entschlossen gewesen, trotzdem er die Bedenkllichkeit des Schrittes nicht verkennt, was daraus hervorgeht, daß er selbst gegen seinen ersten Redakteur das tiefste Stillchweigen verlangte, den Handel einzugehen; die Ausführung des lauderen Geschäftes soll nur durch den Tod des Fürsten Bobenof vereitelt worden sein.

Soweit Herr Schall, der einstige intimste Parteigenosse und Freund des Herrn Wolf, dem der jetzt so Bescheldete zum Mandat und politischen Einfluß verholten hat. Bevor man Herrn Wolf zu den Toten wirft, wird man ihn hören müssen; wenn nur ein Teil der Anklagen wahr ist, die gegen ihn von seinen früheren Freunden nun erhoben werden, so sieht es schlimm um ihn und um seine Sache schlecht. —

## Oesterreich-Ungarn.

**Entwurf eines neuen Preßgesetzes.** Wie aus Wien gemeldet wird, hat Ministerpräsident v. Koerber im letzten Ministerrate den Entwurf eines neuen Preßgesetzes vorgelegt, der eine umfassende Reform auf dem ganzen Gebiete der Preßgesetzgebung zum Zweck hat. Das sogen objektive Verfahren soll abgeschafft und die Kolportage freigegeben werden; Ehrenbeleidigungen, die durch die Presse begangen werden, sollen der Jurisdiktion der Schlichtungsgerichte entzogen und den Bezirksgerichten zugewiesen werden. Die Regierung beabsichtigt, den Gesetzentwurf vor seiner Ueberreichung den journalistischen und schriftstellerischen Korporationen zur Begutachtung vorzulegen. Das Gesetz wird demzufolge erst in der Herbstsession des Reichsrats zur Vorlage gelangen. —

## Frankreich.

**Zur Affaire Humbert.** Wie die Blätter melden, wurde auf dem Frau Humbert gehörigen Schlosse Bives-Gang bei Nismes, das von den Gerichtsbehörden versiegelt war, vergangene Nacht ein Einbruchdiebstahl verübt. Mehrere Gemäde, angeblich im Werte von 200 000 Fr. wurden entwendet. Der „Matin“ deutet an, daß der Diebstahl von Mitgliedern der Familie Humbert verübt sei. Daraus könnte man schließen, daß die Humberts Frankreich noch nicht verlassen haben. —

## Spanien.

**Ein Attentatversuch** soll, privaten Telegrammen aus Madrid zufolge, auf den bedauernswerten Knaben verübt worden sein, dem am Sonnabend die spanische Krone aufs Haupt gesetzt worden ist. Nach offiziellen Meldungen soll das Attentat darin bestanden haben, daß der Attentäter, ein geistig anomales Individuum, bei der Vorbefahrt des Königs seinen Hut in die Höhe geworfen habe. Wir sind der Ansicht, daß die offizielle Meldung die richtigere ist. Ein Spanier, der vor einem Mitglied des Königshauses den Hut in die Höhe wirft — eine vollkommene Art der Freudenäußerung — dürfte geistig allerdings nicht völlig intakt sein. Allerdings ist in Spanien der Anarchismus, bekanntlich besonders stark verbreitet, ein Beweis der trostlosen sozialen Misere des Landes, allein die Monarchie spielt in Spanien eine so ephemere Rolle, daß an ein Attentat trotz Dickschens nicht zu glauben ist.

Eher ist anzunehmen, daß die Regierung eines Anlasses bedurfte, um von der gar zu lang und langlosen „Arbeitsfeier“ etwas mehr Aufhebens zu machen. Ein König, gegen den schon Attentate geschmiedet werden, ist innerlich etwas Respektableres als ein sechzehnjähriger kränklicher Knabe, um dessen „Regierungsantritt“ sich außer den Hoffnungen kein Mensch kümmert. Es ist also wahrscheinlich, daß man lediglich der Sensation wegen allerhand Attentatmärchen ausgeprengt hat, wie sie auch folgende Telegramme darstellen:

Madrid, 18. Mai. Wie die Blätter melden, ist man einer anarchistischen Verschwörung auf die Spur gekommen. Bei den verhafteten Personen, unter denen sich ein Student der Medizin, ein Seher, ein Tischler und ein Maurer befinden, wurden neun Dynamitpatronen vorgefunden. Der Untersuchungsrichter, welcher mit der Angelegenheit betraut ist, bewahrt vollkommenes Stillchweigen. In dem Laboratorium der Genietruppen ist eine Analyse der Explosivstoffe vorgenommen worden.

Paris, 18. Mai. Ueber die in Madrid entdeckte anarchistische Verschwörung gegen den König erfährt die „Agence Havas“: Es wurden sechs Anarchisten verhaftet, darunter ein gewisser Gabriel Lopez, Diener in dem Bureau einer Versicherungsanstalt in der Straße San Geronimo, wo er auch festgenommen wurde. Die Polizei fand bei ihm ein Dynamitpatronen enthaltendes Paket; Lopez behauptet, dasselbe von einem anderen Anarchisten erhalten zu haben mit dem Auftrag, beim Vorüberfahren des königlichen Wagens eine Patronen zu schleudern. Die verhafteten Insurgenten sämtlich nicht, anarchistische Ideen zu haben. Ihre langen Erklärungen werden nicht mitgeteilt. —

**Eine Proklamation des jungen Königs.** Das Amtsblatt veröffentlicht eine Proklamation des Königs an die Armee und die Marine, worin der König sagt: „In dem Augenblicke, wo ich selbst das Kommando über Armee und Marine übernehme, erfülle ich eine Pflicht, die meinem Herzen hohe Befriedigung gewährt. Als König, als General, als Spanier und als Soldat begreife ich Euch Tapferkeit, Mut, Energie, Ausdauer, Disziplin, Patriotismus, alles das besitzt Ihr zum Wohle und Gedeihen des Vaterlandes. Ich werde Euch stets nahe sein und werde in den Augenblicken der Gefahr stets bei Euch sein. Die Geschichte wird von mir sprechen, wenn sie von Euch handelt. Erfüllt immer Eure Pflicht zur Erhöhung des Glanzes der Nation und Ihr könnt auf die Liebe Eures Königs rechnen.“

Stolz lieb ich mir den Spanier! Es ist nur gut, daß Spanien keine Kolonien mehr zu verlieren hat. —

## Schweden.

### Der Wahlrechtskampf.

Das Ergebnis der nun beendeten Phase des imposanten Kampfes der schwedischen Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht wird in dem folgenden Aufruf der Leitung der Arbeiterkommission in Malmö, worin am Sonnabendabend der Generalkongress für beendet erklärt wurde, charakterisiert: „Wahlrechtskampf! Generalkongress-Teilnehmer! Der Klassen-Reichstag hat gesprochen. Die Wahlrechtsfrage ist gelöst; aber vorwärts und unserm Ziel: dem allgemeinen Wahlrecht entgegen! — Damit ist dieser Abschnitt unsres Kampfes für das Staatsbürgerrecht abgeschlossen. Wir gehen nun wieder an die Arbeit, den Vertretern der herrschenden Klassen weitere Bedenkzeit gebend. Wir sehen die Mäder in Gang, während wir inzwischen beständig unsre Organisation weiter ausbauen, beständig uns zu neuen Kämpfen vorbereiten. — Malmö's Arbeiter haben während dieser Tage eine bewundernswerte Opferwilligkeit, Kampftätigkeit und Selbstbeherrschung, die als ein gutes Zeichen für die Zukunft anzusehen ist, beweisen. Für die Arbeiter, die

es wünschen, wird mitgeteilt, daß die Arbeit 6 Uhr abends wieder aufgenommen werden kann. — Der Generalstreik hatte am Freitag und Sonnabend weit größere Dimensionen angenommen, als am Donnerstag. Am Samstag stellten die Straßenbahnangehörigen, sowie die Gasarbeiter die Arbeit ein, fast der ganze Wagenverkehr stockte. Trotzdem um die Mittagszeit ein fürchterliches Unwetter anbrach, kam ein Demonstrationszug zu stande, der gegen 14 000 Teilnehmer zählte. Bei der Wollfabrik von Schmitz, die ca. 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, hatten sich im Laufe des Tages lebhafteste Szenen abgespielt. Die Arbeiter wollten an der Demonstration teilnehmen, der Direktor hatte erklärt, er würde in solchem Fall die Fabrik auf zehn Jahre schließen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen ließen sich hierdurch nicht abschrecken und sammelten sich mittags im Hofe der Fabrik, um die Arbeit zu verlassen. Die Thore wurden sofort geschlossen, aber ca. 500 Arbeiterinnen waren entschlossen. Sie nahmen an Demonstrationszügen teil. Als dieser an der Fabrik vorbeimarschierte, wurde Teuermarsch von den Kapellen gespielt. — Am Sonnabend hörte alle Arbeit in dieser Fabrik auf, ebenso in der größten Trikotagenfabrik Malin's. Der Demonstrationszug an diesem Tage zählte über 25 000 Teilnehmer, darunter ca. 6000 Frauen. „Socialdemokraten“ aus Kopenhagen wurde in mehreren tausend Exemplaren gratis unter den Demonstranten verteilt. Als der Andrang hierbei sehr stark wurde, wollte die Polizei die Austeilung hindern, nach kurzer Unterhandlung konnte jedoch damit fortgefahren werden. Das Straßenbahnpersonal und die Bäcker nahmen abends die Arbeit wieder auf. Die Zeitungen konnten dagegen erst wieder am Dienstag erscheinen. —

### Rußland.

#### Ein neues russisches Attentat.

Ein Telegramm meldet aus Wilna: Als der Gouverneur von Wilna Generalleutnant v. Wahl Sonntag nach 12 Uhr den Erlass verließ, feuerte ein Mann, der sich dem Gouverneur von rückwärts näherte, zwei Revolvergeschosse auf ihn ab, durch die der Gouverneur an der linken Hand und am rechten Fuß Verletzungen erlitt. Der Verbrecher wurde von der Polizei mit Hilfe des Publikums binaest gemacht; er gab, als er zu Boden geworfen war, noch einen dritten Schuß ab. Der Verhaftete nennt sich Girsch Ledert und giebt an, er sei Kleinbürger aus dem Gouvernement Nowo. —

Der „Regierungsbote“ erklärt, der Anschlag gegen den Generalleutnant v. Wahl habe ausschließlich politischen Charakter. Ledert wird vor ein Kriegsgericht gestellt. —

Hierzu wird noch geschrieben: Der Gouverneur v. Wahl wurde durch seine Grausamkeit geradezu berüchtigt. Kürzlich ließ derselbe eine Anzahl Demonstranten, die am 1. Mai festgenommen waren, im Gefängnis einer furchtbar bestialischen körperlichen Züchtigung unterwerfen. Dieselben wurden von wilden Kosaken fast zu Tode gepeitscht, der Gefängnishof war von Blut überströmt. Die Exekution dauerte 3 Stunden lang. Der Jarensherge v. Wahl, der zusammen mit dem Polizeichef Kasimoff und dem Arzte Michajloff der Exekution beigewohnt hat, befahl den Kosaken, langsam und kräftig zu schlagen. Die Nacht vor der Exekution wurden alle Gefangenen in einer kleinen Zelle gehalten, so daß nicht nur das Eigen, sondern das Stehen, das Atmen unmöglich war. Und nach dieser schauerhaften Nacht wurde von wilden Kosaken die blutige Exekution vorgenommen. —

Ueber die Maidemonstration sind noch folgende Nachrichten eingelaufen. Am 28. April fand eine Demonstration in Nowo statt. Durch eine gelungene Verbreitung der Flugblätter war in der Stadt überall die bevorstehende Demonstration bekannt geworden und es fanden sich an dem festgesetzten Tage auf den Boulevards größere Menschenmengen ein, die zum größten Teil aus Arbeitern bestanden. Die Polizei hielt die Straßen besetzt, doch gelang es abends 200 Arbeitern, sich an einem Ort zu versammeln und mehrere Hochrufe auf die politische Freiheit auszubringen. Ein verkleideter Gendarm, der einen Arbeiter mißhandelt hatte, wurde von der Menge verprügelt; arretiert wurden auf der Straße im ganzen 24 Personen. In Minsk hatte die Polizei alle Feste in Bewegung gesetzt, um die Kaiserin zu hinterreiben. Sie griff nach links und rechts und verhaftete am Vorabend des 1. Mai sogar sämtliche Besucher zweier Volks-Theaterhäuser. Aus Wilna wird geschrieben, daß die Stadt vor dem 1. Mai sich fast wie im Belagerungsstand befand. Durch die Straßen strichen Militärpatrouillen, die Pulverfässer hatten doppelte Wachtposten erhalten. Aus Kosiow am Don wird mitgeteilt, daß am Morgen des 1. Mai überall Mal-Fingblätter angehängt waren. Abends war die große Sabowaja mit einer gewaltigen Menschenmenge überfüllt, aber auch Gendarmen und Polizisten gab es ohne Zahl. Um 9 Uhr abends zog eine Gruppe Arbeiter, eine rote Fahne vorantragend und die Arbeitermarchen singend, die Straße entlang. Die Polizei verhaftete 30 Personen. —

Ein charakteristisches Dokument, wohl eins von denjenigen, die eines Kommentars nicht bedürfen, ist der Organisation der sozialistischen Revolutionäre in die Hände gespielt worden.

Es lautet: „Prilaz, an die 10. Kavalleriedivision in Charkow, vom 12. Dezember 1901.“

Für vortreffliche Befehligung und Ordnung der Soldatja, die der Polizei während der studentischen Unruhen zur Beihilfe kommandiert war, spreche ich hiermit meinen Dank dem Kommandierenden des ersten Orenburgischen Kosakenregiments, dem Obersten Kaganow, den Stabsoffizieren, dem Vorgesetzten der Soldatja und allen Herren Offizieren meinen Dank aus. Den wackeren Kosaken danke ich und befehle, jedem von ihnen ein halbes Glas Schnaps zu geben.“ Der Brief ist unterzeichnet vom Generalleutnant Wibilow. —

Im Tagaukagefängnis in Moskau befinden sich, wie der Organisation der Arbeiterklasse mitgeteilt wird, 300 Soldaten und 18 Offiziere. Ein Regiment Infanterie soll aus Moskau in die Provinz verlegt worden sein, weil es verheimlicht hatte, daß unter der Mannschaft Proklamationen zur Verteilung gekommen waren.

Nach Nachrichten verschiedener Korrespondenten aus dem Gebiet des Kaukasus, beträgt die Zahl der revolutionierenden Bauern 80 000. Zur Niederschlagung der Unruhen ist aus Charkow und Umgegend das ganze Militär herangezogen. —

### Asien.

#### Erfolg der russischen Vorstellungen.

Aus Peking berichten die „Times“, daß Prinz Tsching den englischen Botschafter am 17. Mai gebeten habe, eine nachmalige Prüfung des Eisenbahn-Abkommens einzuvilligen, um Rußland zu beruhigen. Die nachdrückliche Zurückweisung wurde China aber zeigen, daß England nicht mit sich spielen lasse.

Ferner meldet eine „Reuter“-Depesche aus Peking vom 17. Mai: Die Kaiserin erließ ein Edikt, in welchem sie Juanfichai und Hupufen einen Verweis dafür erteilt, daß sie das Eisenbahn-Abkommen mit England unterzeichnet haben und in welchem dem Censorenamt aufgetragen wird, eine für die betreffenden Beamten angemessene Strafe festzusetzen. Das Edikt sei das Ergebnis von Vorstellungen seitens Rußlands. Durch ein zweites Edikt wird der Gouverneur von Jünnan, Lichinghi, abgesetzt und dem Censorenamt aufgetragen, ihn zu bestrafen.

Rußland scheint also den größeren Einfluß auf China zu besitzen. An Gegenvorstellungen bei der armen Kaiserin-Tante wird es England natürlich nicht fehlen lassen.

In den Unruhen in Tschili. Die chinesische Regierung hat am Montag den fremden Gesandten in Peking mitgeteilt, daß der Aufstand unterdrückt, der Haupt-Räufelstörer und die meisten seiner Unterführer gefangen genommen seien. — Demgegenüber meldet ein Laffan-Telegramm aus Peking: Den amtlichen chinesischen Berichten entgegen sind alle Führer des Aufstands in Tschili in der Richtung nach Schentehu entkommen.

Ferner wird aus Tienjin gemeldet: Einzelne Bänder der von chinesischen Truppen zersprengten Aufständigen in Süd-Tschili warfen sich auf die im Bau begriffene Bahnlinie Santau-Peking. Eine Brücke wurde verbrannt, desgleichen an mehreren Stellen Landvorräte. Die belgischen Ingenieure wurden nach Tsching-tu zurückgezogen. Die Angreifer traten nicht als geschlossene Streitmacht auf. —

Druckfehler-Berichtigung. Im Leitartikel der Pfingstnummer sind folgende Druckfehler zu korrigieren: Absatz 2 Zeile 8 von unten: „die ganze Menschheit“ (statt: der ganzen Menschheit). — Am Schluß der ersten Spalte: „Der Socialismus ist nicht thumlich.“ — 2. Spalte, Zeile 8 von unten: „die Massen“ (statt: den Massen). —

## Der Boeren-Krieg.

### Die Konferenz in Vereeniging.

Die „Times“ melden aus Pretoria: In Vereeniging sind 160 Boeren versammelt, welche fast alle wohlbekannt sind. Welchen Erfolg auch immer die Beratungen der Boeren haben werden, das Ende des Krieges ist jedenfalls nicht mehr fern. Die Zusammenkunft in Vereeniging wird wahrscheinlich die bedingungslose Uebergabe auf verschiedenen Punkten des Kriegsschauplatzes zur Folge haben und dadurch wird eine große Anzahl von Truppen verfügbar werden für die Bezirke, die sich noch nicht unterworfen haben.

Kapstadt, 18. Mai. 400 Boeren, darunter 100 Kaffrische, wurden gegen die Beischaanaland-Blockhaus-Linie getrieben und gefangen genommen.

Middelburg (Kapkolonie), 19. Mai. Eine Abteilung von 120 Boeren griff gestern Aberdeen an, wurde jedoch zurückgeschlagen. Der Kommandant Van der Merwe wurde getötet, zwei verwundete Boeren wurden gefangen genommen.

### Die Censur in Südafrika.

Einem Telegramm von Kapstadt an die Londoner „Times“ zufolge ist durch Armeebefehl verboten worden, irgend welche Nachrichten, die direkt oder indirekt mit dem Krieg zusammenhängen, nach Europa gelangen zu lassen. Nur die von der englischen Regierung dazu ermächtigten Personen haben dies Recht; doch sind auch ihre Depeschen noch der Censur unterworfen. —

## Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Anher dem Genossen Tauscher scheidet am 1. Juli aus der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ auch der Genosse Hildbrand aus; er wird nur noch die Unterhaltungsbeilage der „Tagwacht“ und das Wochenblatt „Der Volksfreund“ redigieren, daneben aber sich seine Tätigkeit durch Gründung eines Geschäfts sichern. Als Ersatz für Hildbrand tritt der Genosse Feuerstein in die Redaktion ein.

### Politikales, Gerichtliches usw.

— Im süddeutschen Postillon erschien im Oktober vor. 38. unter der Ueberschrift „Der Herr Bergverwalter“ ein Feuilleton, worin in humoristischer Form Mißstände auf einem Bergwerk ohne Ortsangabe geschildert wurden. Die Hauptrolle spielt darin ein Bergverwalter Treplov. Dadurch schloß sich der Bergverwalter Treplov vom Wilhelmshafen in Jwidan beleidigt und klagte gegen den Redacteur des „Postillon“, Genosse M. Ernst. Er nahm an, daß der Artikel auf ihn gemünzt sei, weil er die Dinge in einer Weise schilderte, die mit einer Darstellung des „Sächsischen Volksblattes“ in Jwidan übereinstimmte. Darin waren der Ort und sein Name richtig genannt und wegen dieser Falschung war bereits der Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“, Genosse R. Albert, zu 80 M. Geldstrafe verurteilt worden.

In der am Sonnabend durchgeführten Verhandlung vor dem Schöffengericht München I erklärte Genosse Ernst, daß er keinerlei Wahrheitsbeweis führen wolle. Daß der Artikel auf eine Persönlichkeit zugechnitten, davon hatte er keine Ahnung. Der Artikel sei satirisch gehalten und habe Verhältnisse gebrandmarkt, wie sie tatsächlich in den verschiedensten Bergwerken in Deutschland existieren. Er glaubte, der Name Treplov sei willkürlich gewählt und da das Feuilleton von einem Mitarbeiter stammt, der 18 Jahre lang Verredakteur für den „Süddeutschen Postillon“ lieferte, habe er kein Bedenken gehabt, es aufzunehmen. Er habe auch von dem Prozeß gegen den Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“ nichts gewußt, da er diese Zeitung nicht lese. Auf die Frage des Oberlandesgerichtsrates Braun, daß doch die Centralleitung der sozialdemokratischen Partei eine monatliche Statistik aller von deutschen Verurteilungen veröffentlichte, erwiderte Ernst, daß diese Verurteilungen nur ganz kurz registriert werden. Das Gericht lehnte die vom Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Verneim beantragte Ladung von Sachverständigen ab und verurteilte den Genossen Ernst wegen eines Vergehens der Beleidigung des Bergverwalters Treplov zu 500 M. Geldstrafe event. 50 Tagen Gefängnis, wobei das Gericht aussprach, daß nur deshalb auf eine Geldstrafe erkannt wurde, weil Ernst seit dem Jahre 1876 wegen Beleidigung nicht mehr vorbehaftet wurde. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

## Aus Industrie und Handel.

Eisenbahn-Verträge im April. Die im Reich-Eisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebsverhältnisse deutscher Eisenbahnen im Monat April 1902 ergibt für 75 Bahnen, die schon im April 1901 im Betriebe waren, folgendes:

Gesamtlänge: 44 983,35 Kilometer (für alle Bahnen im April 1902).	im		gegen		auf		gegen		
	ganzen	W.	das	W.	1 km	das	W.	Proz.	
Einnahme	aus dem Personenverkehr	40 485 042	—	3 173 883	919	—	95	—	9,87
	aus dem Güterverkehr	92 211 006	+ 2 916 747	2056	+ 21	+ 1,08			

Der April 1902 weist also gegenüber dem April des Vorjahres einen beträchtlichen Rückgang auf, doch kommt bei der Uebersichtnahme aus dem Personenverkehr in Betracht, daß das Osterfest im Jahre 1901 in den Monat April, im Jahre 1902 in den Monat März fiel.

Erhöhung der ostindischen Zuckerausgleichszölle. Aus London wird gemeldet, daß sicherer Vernehmen nach die britisch-ostindische Regierung in aller nächster Zeit die Ausgleichszölle gegen Prämienzucker herabsetzen will, doch auch die von den Zuckerarten der Ausfuhrländer gewährten Vorteile durch den Zollausfall kompensiert werden. Die Meldung ist etwas dunkel. Nach einer kürzlichen Mitteilung der „Times“ zu urteilen, die den Beitritt Ostindiens zur Brüsseler Zuckerkonvention in nahe Aussicht stellen, besagt die Nachricht nichts anderes, als daß die ostindische Regierung die schon bestehenden Ausgleichszölle dermaßen erhöhen will, daß durch sie nicht nur die staatlichen Prämien derjenigen Länder, die sich der Brüsseler Konvention nicht anschließen, kompensiert werden, sondern auch die von den Zuckerarten dieser Staaten gewährten indirekten Ausfuhrvergütungen. Doch kann die Meldung auch besagen, daß bis zum Inkrafttreten der Brüsseler Bestimmungen einseitigen aus gegenüber solchen Ländern, die sich der Konvention angeschlossen haben, die Ausgleichszölle erhöht werden sollen, sofern

in diesen Ländern Zuckerkarteile bestehen. Unter den Zuckerhändlern Ostindiens ist für eine solche Erhöhung eine starke Meinung vorhanden; erst vor kurzem richtete die bengalische Handelskammer eine Petition an die britisch-indische Regierung, in der um eine Erhöhung der Zuckerkölle entsprechend der Höhe der jogen, „bedeckten“ Prämien ersucht wurde. Für Deutschland hätte eine derartige Erhöhung der Zölle nur ganz geringe Bedeutung, da es nur außerordentlich kleine Mengen Zuckers nach Ostindien exportiert; stärker getroffen würde davon der Zuckereport Ostreich-Ungarns.

Die Millionen verbrent werden. Im „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ der Nummer 108 des „Vorwärts“ wurde bereits auf die Ausgabe von 250 Millionen Dollar 5prozentiger Bonds seitens des Stahltrusts hingewiesen. Von diesen 250 Millionen sollen 200 Millionen Dollar zur Amortisation der 7prozentigen Prioritätsaktien, die übrigen 50 Millionen zur Verbesserung der Betriebs-einrichtungen dienen. Wie jetzt die „Frankfurter Zeitung“ aus New York meldet, ist dieses Konversionsprojekt von der Versammlung der Aktionäre des Trusts angenommen worden. Ueber die Emission der neuen Bonds macht der New Yorker Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ folgende nähere Mitteilungen: „Zum Zwecke der Bond-Emission des Stahltrusts ist beabsichtigt ein Subscriptionsyndikat gebildet worden. Dasselbe wird nach einer gestern veröffentlichten Mitteilung eines Beamten des Trusts 4 Proz. der von ihm placierten Bonds als Provision erhalten. Da das Syndikat sich aufrichtig gemacht hat, hundert Millionen Dollar Prämien zur Konversion zu bringen, so fallen ihm mindestens vier Millionen Dollar Provision zu; sollte es aber, was sehr wahrscheinlich ist, die ganzen 250 Millionen Bonds unterbringen, so beläuft es sich auf zehn Millionen Dollars. Die Syndikatsmitglieder haben der Firma J. P. Morgan u. Co. als der Leiterin des Syndikats von der ihnen zukommenden Provision ein Fünftel abzugeben, also wahrscheinlich 2 000 000 Dollar. Die Provision soll aus den Erträgen der United States Steel Corporation bezahlt werden und als ein Teil ihrer „Ausgaben“ figurieren, womit das Argument, die Erhebung von 7prozentigen Prioritätsaktien durch 5prozentige Bonds erspare der Gesellschaft jährlich 2 Proz., mindestens für die nächsten zwei Jahre überlegt wird. Und die Thätigkeit, die das Syndikat entwickeln muß, um die Emission unterzubringen, ist doch eigentlich weder schwierig, noch umfangreich, noch riskant.“

Wirtschaftliche Verhältnisse Martiniques. Die entsehlige Katastrophe auf Martinique veranlaßt das „Bulletin des Hautes, Bourses et Marchés“ zu nachstehenden Mitteilungen über den Wirtschaftszustand der Insel: Von der Gesamtfäche der Insel, die 98 800 Hektar beträgt, stehen ungefähr 45 000 Hektar unter Kultur, und zwar sind 20 000 bis 25 000 Hektar mit Zuckerröhre, 1700 Hektar mit Kakaos und 500 Hektar mit Kaffee bepflanzt, während der Rest der bebauten Fläche auf andre Kulturen, Tabak, Baumwolle, Mandiolen, Jamburwurzeln, Gewürze, Bananen, Ananas, Orangen usw. entfällt. Was den Viehbestand auf der Insel anbetrifft, so zählt man ihn auf 25 000 Rinder, 20 000 Schweine und einige Tausend Pferde und Maultiere. Ein regelrechter Bergbau wird auf Martinique nicht betrieben. Von Industrie-Anstalten sind zu erwähnen 20 Holzröhrenfabriken, zahlreiche Mühlenfabriken, 15 Zuckerraffinerien, eine Seifenfabrik, eine Seifenfabrik, zwei Lohgerbereien, eine Kautschukfabrik, vier Eisfabriken, vier Schokoladenwarenfabriken, zwei Liqueurfabriken, eine Mühle usw.

Am bedeutendsten ist die Zuckereinfuhr. Sie betrug im verfloffenen Jahre 98 337 Tonnen, die sich auf 28 901 000 Franken bewerteten. Von dieser Gesamtmenge erhielt Frankreich 38 048 Tonnen, wovon im Jahre 1900 32 101 Tonnen und 1899 32 746 Tonnen während exportiert wurden. An Rum und Zafra wurden während des Jahres 1901 insgesamt 77 938 Hektoliter im Werte von 9 528 000 Fr. exportiert; davon ging der weitaus größte Teil nach Frankreich, und zwar 65 745 Hektoliter gegen 74 479 Hektoliter und 73 935 Hektoliter in den beiden vorhergehenden Jahren.

## Sociales.

### Krankenkassen und Volkswohlfahrt.

Eine Versammlung von Vertretern der Krankenkassen im Bezirke der Versicherungsanstalt Hannover nahm nach einem Vortrage des Dr. Paul Kampffmeyer folgende Resolution an:

Die bisherige Entlohnung der deutschen Krankenkassen hat gezeigt, daß nur die größeren Klassen über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen können. Auf dem Gebiete der Krankheitsbekämpfung und Krankheitsverhütung können die Krankenkassen nur dann erhebliche Erfolge erzielen, wenn sie über genügende Mittel verfügen, um die nötigen Kontrollorgane zur Feststellung der Wohn-, Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Nur leistungsfähige Klassen, wie das Beispiel der großen Berliner und Frankfurter Ortsvereine zeigt, können durch Kontrollorgane die Mißstände auf sanitärem Gebiete erforschen und abstellen. Große Krankenkassen vereinigen ferner in sich eine wirksame wirtschaftliche Macht, wodurch sie im Interesse der Gesundheit ihrer Mitglieder vorteilhafte Verträge mit Arzneiherstellern (Ved.-Anstaltsbesitzern, Drognisten, Vondogisten, Mikalieferanten etc.) abschließen können.

Der Kongreß der Krankenkassen für den Bezirk der Landes-Versicherungsanstalt Hannover empfiehlt deshalb den Klassenmitgliedern die Verschmelzung dieser Klassen zu großen leistungsfähigen Klassen. Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Klassenmitglieder hauptsächlich auf die großen social-hygienischen und socialpolitischen Aufgaben der Krankenkassen, auf die Konstatierung der Wohnverhältnisse und auf die Abstellung derselben.

Zur wirksamen Bekämpfung der Gewerbekrankheiten haben die Krankenkassen mit den Gewerbe-Inspektoren in Verbindung zu treten und dieselbe ihre Beobachtungen über das Auftreten bestimmter Gewerbekrankheiten mitzuteilen. Die Krankenkassen haben im Interesse der Eindämmung von Volkskrankheiten den Einfluß der Versicherung im Vorstand und Ausschuß der Landes-Versicherungsanstalten zu verstärken und zwar 1. durch Vermehrung der nichtbeamteten Mitglieder im Vorstande vermittelst Änderungen in den Statuten. 2. Durch statutarische Erweiterung der Befugnisse des Ausschusses bezüglich Befragung über das Vermögen der Anstalten. Namentlich haben sich Ausschuß und Vorstand beständig zu bemühen, möglichst große Vermögensanteile der Versicherungsanstalten zur Linderung der Wohnungsnot und zum Bau von Volksheimstätten und Halberholungsstätten zu verwenden.

Der Ausschuß hat im Haushaltsplan möglichst große Summen für die Heilbehandlung Erkrankter einzustellen. Aus den Ueberschüssen des Sondervermögens der Landes-Versicherungsanstalten hat der Ausschuß hinreichende Unterabteilungen für die Familien der in Heilstätten untergebrachten Erkrankten anzuschließen und im Interesse der mittellosen Zuwanderer aus den Ueberschüssen des Sondervermögens der Anstalten den Bau von Invalidenhäusern anzuregen. Das Bestreben der aus den Wahlen der Krankenkassen-Vorstände hervorergangenen Vertreter in den Arbeitervertretungs-Körperschaften muß darauf gerichtet sein, die Mittel der Landes-Versicherungsanstalten bis zu dem gesetzlich zulässigen Maße für die Erhöhung des Gesundheitszustandes der Volksmassen fließen zu lassen.

Die Errichtung eines städtischen Arbeiterssekretariats beschloß der Stadtrat in Kaiserslautern auf Antrag des Bürgermeisters. Das Institut soll am 1. Januar 1903 eröffnet werden. Mit diesem Beschluß ist Kaiserslautern den übrigen bayrischen Städten ebenso vorans, als wie seiner Zeit, als es den ersten städtischen Arbeiterssekretariat einrichtete.

Ein Beitrag zur Charakteristik des Unternehmens gibt eine Bekanntmachung der Münchener Orts-Krankenkasse VIII für das Waagegewerbe. Diese teilt mit, es werde nunmehr sehr streng seitens der zuständigen Stellen gegen jene Arbeitgeber vorgegangen, die ihren Arbeitern die gesetzlichen Abzüge für die Krankenversicherung vom Lohn machen, diese Beträge aber anständigen Ortes nicht abliefern. Wie notwendig ein solches Einschreiten sei, erhelle aus der Tatsache, daß die Klasse VIII allein im letzten Jahre nahezu 10 000 M. durch solche Hinterziehungen verloren

abe. Die Herren Hausbesitzer werden für diesen liebendwürdigen Wink jedenfalls recht dankbar sein und für einige Zeit auf das Stehlen von Arbeitergroßen verzichten.

### Aus der Frauenbewegung.

Eine Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands wird, wie die „Gleichheit“ berichtet, dieses Jahr vor dem sozialdemokratischen Parteitag zu München stattfinden. Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands hat im Einvernehmen mit den Genossinnen von Berlin als Ort der Konferenz München vorgeschlagen, als Punkte der provisorischen Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht. 2. Wie bilden wir Agitatoreninnen heran? 3. Gefährlicher Schug der Arbeiterinnen, der Kinder und der Heimarbeit. 4. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts. 5. Verschiedenes. — Eine Umfrage bei allen Vertrauenspersonen der Genossinnen wird über den Ort der Konferenz und die Feststellung der provisorischen Tagesordnung entscheiden.

Vom Segment-Vereinsrechte. Nach den Erklärungen des Herrn v. Hammerstein soll den Frauen in den Versammlungen politischer Vereine der Aufenthalt in einem „Segment“ gestattet sein. Die Sache schien einfach; ein Segment ist in der Geometrie ein Abschnitt einer Fläche oder eines Körpers, auf die Versammlungsräume angewandt ein Abschnitt des Versammlungsraumes. Die polizeiliche Praxis behauptet aber, daß es doch nicht so einfach ist — zu begreifen, was ein Segment ist. Die Kieler Polizei gestattete vorige Woche bei der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins nicht, daß die Frauen in einem Abschnitt des Versammlungslokales verweilen, sie verlangte vielmehr, daß sie sich in die Nebenräume zurückzögen, die durch Türen mit dem Saal in Verbindung stehen.

Herr v. Hammerstein wird daraus ersehen, daß es nur zu Konfusionen führt, Polizeibefehle mit der Geometrie zu verwechseln. Ein Befehl wird ihm wohl Gelegenheit geben, diese Sache zu entwickeln. Mit dem Verbote der Teilnahme von Frauen am politischen Vereinsleben in Danzig ist das nun schon der zweite Fall, in dem der Minister von den Behörden mißverstanden wird; er wird sich also wohl noch zu einer ausführlichen Interpretation seiner Anordnung entschließen müssen, ehe noch mehr solcher Mißverständnisse eintreten.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Achtung, Müller. Die Kollegen der Humboldtstraße in Legel bei Berlin haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Mitglieder des Verbandes in Berlin sowohl wie der umliegenden Jahrestellen werden aufgefordert, den Zugang der zurückgehenden Kollegen fernzuhalten. Die Lokalverwaltung Berlin.

Die Maurer in Brandenburg a. O. haben vor einigen Wochen die Unternehmer ersucht, mit ihnen wegen Vereinbarung eines gemeinschaftlichen Tarifs in Verhandlung zu treten. Die Maurer haben auch das Gewerbeamt als Einigungsamt in dieser Sache angerufen. Die Unternehmer haben es abgelehnt, sich in die gewünschte Verhandlung einzulassen. Der „Brandenburger Anzeiger“ hat die Nachricht verbreitet, daß die dortigen Maurer am dritten Feiertage in den Streik treten wollen. Diese Nachricht ist, wie unser Brandenburger Parteiorgan mitteilt, falsch. Die Maurer haben noch keinen Streikbeschluss gefaßt, sie hoffen vielmehr, daß die Unternehmer besserer Einsicht zugänglich sein und in Verhandlungen eintreten werden.

#### Deutsches Reich.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Hannover haben, nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen war, am Sonnabend den Streik erklärt. Ein Teil der Gehilfen hat sich durch Versprechungen der Arbeitgeber, die jedoch einer Bewilligung der aufgestellten Forderungen nicht gleichkommen, zum Weiterarbeiten bewegen lassen, so daß der Streik nicht so ausgedehnt ist, als man nach der Zahl der Kündigungen annehmen konnte. Die Ausständigen haben eine Anzahl „liegender Barbierstuben“ errichtet. Einzelne Geschäftsinhaber bewilligten die Forderungen bereits.

Achtung, Holzarbeiter! In Rastatt befinden sich die Tischler und Stellmacher der Waggonfabrik Aktiengesellschaft in Differenzen. Gewerbe sich deshalb niemand um Arbeit in Rastatt, um nicht seinen dort für anständige Arbeitsbedingungen eintretenden Kollegen Ungelegenheiten zu bereiten.

Beendet ist der Streik der Bauarbeiter in Wahrenth, sowie der Ausstand der Kärntner-Gilfsarbeiter in Markranstädt. Die letzteren wurden sämtlich wieder eingestellt.

Ein katholischer Geistlicher als Streikführer. Wir hatten unsern Lesern bereits mitgeteilt, daß sich die Arbeiter in den Sägmühlwerken des Wählerthales in Baden im Streik befinden, weil die Unternehmer deren Forderungen (12 stündige Arbeitszeit und geringe Lohnerhöhung) ablehnten, und außerdem verlangten, daß die Arbeiter aus dem christlichen Holzarbeiter-Verband austreten. Sehr interessant ist die Thatsache, daß — wie wir in der Mannheimer „Volkstimme“ lesen — der Kaplan des Ortes der Führer des Streiks ist. Ob der Geistliche, der zugleich an der Spitze der örtlichen Organisation der Sägmühl- Arbeiter steht, seine Organisationsgenossen auch zum Streik „neigt“ hat, oder ob er von den Mitgliedern zur Leitung des Streiks gedrängt wurde, wird nicht mitgeteilt. Es scheint jedoch, daß der Geistliche infolgedessen eine anerkanntermaßen Ausnahmemaßnahme von seinen Amtsbrüdern macht, als er sich mit Rücksicht der Interessen der Ausständigen annimmt. Das hat dem Kaplan natürlich den glühenden Haß der Sägmühlbesitzer eingetragen; sie denunzierten ihn bei seinen geistlichen Vorgesetzten als Heher und verlangten seine Verweisung, oder doch, daß dem Kaplan seine gewerkschaftliche Tätigkeit untersagt werde. Wie es scheint, hat die Denunziation, bis jetzt wenigstens, noch keinen Erfolg gehabt. Die Sägmühlbesitzer im Wählerthale sind zweifellos fromme und gläubige Christen. Das hindert sie aber nicht, sowohl den geistlichen Verband, als den geistlichen Herren in den Bann zu thun, wenn diese der Vertretung von Arbeiterinteressen dienen. Was gilt den Unternehmern das Christentum und die Autorität der Geistlichen, wenn sie diese Dinge als Mittel benutzen können, um die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zu unterdrücken. Der streikführende Kaplan dürfte aber auch bei seinen Amtsbrüdern und sicher bei den Protektoren der katholischen Arbeitervereine keinen Befall finden.

#### Ausland.

Die Kellner und Köche von Florenz hatten vor Wochen den Unternehmern ein Memorandum eingereicht. Vor allem verlangten sie eine Abgelung der täglichen Arbeitszeit und einen wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag. Die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab und so traten die Arbeiter in den Ausstand. Für einige Tage waren fast alle Cafés und Restaurants geschlossen, nur die ausländischen Kellner und Köche der Hotels (die letzteren sind meistens Deutsche und Schweizer, die letzteren Franzosen) hatten sich an der Bewegung nicht beteiligt. Durch Vermittelung der städtischen Behörden kam es zu Unterhandlungen, und die Unternehmer mußten die Forderungen zum größten Teile bewilligen.

Wegen Lohnherabsetzung. Die Mitglieder der englischen Vergarbeiter-Föderation zeigen sich nicht geneigt, die von der Londoner Konferenz beschlossene Lohnreduktion von 10 Proz. anzunehmen. Die Vergarbeiter verlangen vielmehr, daß die Streikfrage dem Schiedsrichter Lord James of Hereford zur Entscheidung vorgelegt wird.

### Kommunales.

Der Berliner Magistrat will „Herr im Hause“ sein. Aus dem Bureau des Verbandes der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter“ geht

und folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Die in den letzten Wochen von den städtischen Arbeitern gestellten Forderungen scheinen im Magistratskollegium arg verächtlich zu haben. Man will jetzt offenbar den Beweis erbringen, daß auch die freisinnige Leitung von Berlin es in Punkt Arbeiterbehandlung mit Unternehmern a la Krupp aufnehmen kann. Auf eine von über 1500 städtischen Arbeitern am 26. April er. gefaßte Resolution, betreffend Bewilligung eines Sommerurlaubs noch für dieses Jahr, ist an unsre Adresse folgendes Schreiben gelangt:

Auf Ihre wiederholten Eingaben, die letzte vom 28. v. Mts., erwidern wir ergebenst, daß wir es ablehnen müssen, in Angelegenheiten der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit Personen in Verbindung zu treten, die sich uns lediglich als Beauftragte einer ohne jede Legitimation zusammengetretenen Arbeiterversammlung präsentieren, da wir nur in dem aus freier Wahl hervorgegangenen Arbeiterausschuß einer jeden Betriebsstätte die berufene Vertretung der beteiligten Arbeiter erblicken können. Wir stellen Ihnen anheim, auch den Mitunterzeichneten Ihrer Eingaben von diesem Bescheide Kenntnis zu geben.

Der in diesem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Unternehmerstandpunkt ist geradezu klassisch zu nennen. Mit den lediglich als „Beauftragte einer ohne jede Legitimation zusammengetretenen Arbeiterversammlung“ will also der Herr Oberbürgermeister nicht in Verbindung treten, sondern nur mit den aus freier Wahl hervorgegangenen Arbeiter-Ausschüssen seiner Betriebe. Wie diese aus freier Wahl hervorgegangenen Ausschüsse in der Praxis aussehen, was sie zu sagen und zu bestimmen haben, davon kann man sich nur einen Begriff machen, wenn man die erlassenen Bestimmungen für die Arbeiter-Ausschüsse näher kennen gelernt hat. Der Leiter des Betriebes oder ein von ihm ernannter Stellvertreter leitet die Sitzungen des Ausschusses als Vorsitzender. Bei ihm ist auch der Punkt zur Abhaltung einer Sitzung anzubringen und die betreffenden Punkte der Tagesordnung vorzuschlagen und er entscheidet dann, ob die Notwendigkeit zur Abhaltung der Sitzung vorliegt oder nicht. Wechnlich liegt es mit einer Reihe anderer Bestimmungen. Und eine solche Institution stellt der Magistrat als maßgebenden Faktor hin, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter richtig zu vertreten. Keiner wünscht wohl fehnlicher, als gerade die Leitung des Verbandes, daß durch die Arbeiter resp. deren Vertrauensleute alle Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses selbst geregelt werden. Die ganze Thätigkeit des Verbandes in letzter Zeit richtete sich ja gerade darauf, von dem Berliner Magistrat vernünftige und ausreichende Bestimmungen für die Ausschüsse zu verlangen. In der Presse sowohl wie auch in Versammlungen haben wir mit Entschiedenheit auf die Pflicht und den Wert des besseren Ausbaues dieser Körperschaft hingewiesen. Der Magistrat hat sich aber nicht daran gekümmert, sondern die Wünsche der gesamten städtischen Arbeiter einfach ignoriert. Die Funktionen und die Rechte sind so eng begrenzt, daß es die Arbeiter vorziehen, durch ihre Organisation dem Magistrat die Wünsche und Forderungen übermitteln zu lassen. Daß die Mitglieder der gewerkschaftlichen Leitung in den städtischen Betrieben nicht beschäftigt sind, liegt in Verhältnissen, die dem Magistrat am besten bekannt sein dürften. Diese Leute würden auch nur sehr kurze Zeit in den Betrieben der freisinnigen Stadt Berlin beschäftigt sein, wenn sie es wagen wollten, gegen den Stachel zu lösen. Es ist uns ja doch bekannt, wie ein hoher städtischer Beamter vor Monaten recht deutlich den Gedanken äußerte, einen Arbeiter, der einen passiven Posten im Verband bestreite, so zu beobachten, daß man die Möglichkeit einer Entlassung bekomme. Und so würde es jedem Arbeiter gehen, der es wagte, offen und ehrlich die Interessen seiner Kollegen zu vertreten: seine Tage im Dienste der Stadt wären gezählt.

Zum Schluß möchten wir noch einen kleinen Zertum des Herrn Rischner richtig stellen. Wenn in dem Schreiben gesagt wird, daß er es ablehnt, mit uns in Verbindung zu treten, so hat dies wohl nur dann Berechtigung, wenn die städtischen Arbeiter Forderungen erheben, die dem Magistratskollegium gegen den Streik gehen. Denn als die städtischen Arbeiter in einer imposanten Versammlung Protest gegen den Postwähler erhoben, mit dem Hinweis, daß sie im Falle der Annahme dieses Gesetzes von der Stadt höhere Löhne verlangen würden, erhielten wir ein Schreiben von Herrn Rischner, worin mitgeteilt stand, daß der Magistrat unsere Einladung auf Teilnahme an der Versammlung ablehnt, weil er schon gegen dieses Gesetz Stellung genommen habe. Wir hatten uns damals über die in dem Schreiben liegende Anerkennung unserer Vertretung der Vertretung städtischer Arbeiterinteressen gefreut und sind auch heute noch der Meinung, daß so lange wir das Vertrauen der städtischen Arbeiter besitzen, wir dafür eintreten werden, menschenwürdige Verhältnisse für die städtischen Arbeiter zu erkämpfen und bestehende Mängel zur Sprache zu bringen. Vielleicht überzeugt sich der Magistrat dann sehr bald, daß wir die richtigen Vertrauensleute der städtischen Arbeiter sind.

In Friedrichsfelde hat die Arbeiterchaft nun doch einen Vertreter, trotzdem sie dort mit ganz wenigen Stimmen Mehrheit von den Bürgerlichen geschlagen worden ist. Der Tischlermeister Danz erklärte dieser Tage in einer Versammlung des Völkervereins, daß er, der mit 357 Wählerstimmen gegen 351 Arbeiterstimmen als Vertreter der dritten Klasse gewählt wurde, zum größten Teil von Arbeitern im Dorparlament gewählt sei. Herr Danz verhält sich der Gemeindevertretung einen Antrag zur Annahme, wonach der Befehl eines bestimmten bedienungsfähigen Terrains, bevor ihm die Gemeindefasse gegeben wird, 200 M. für Schulzwecke an die Gemeindefasse zu zahlen hat. Es fragt sich, ob die Arbeiter sich von solchen, gewiß gutgemeinten Thaten imponieren lassen werden.

Neu-Weißensee. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Erlaß eines Ordrestatuts betreffend die Bildung einer Schulkommission, wonach nicht mehr der Kreis-Schulinspektor, sondern die Regierung die Aufsichtsbefehle bildet. Da das Statut vorschreibt, auch den dienstältesten Ortsgeistlichen als Mitglied dieser Kommission anzunehmen, wurde diese weltbewegende Frage dahin gelöst, nicht den wirklich Ältesten, dem man nicht recht gewogen scheint, sondern der hier am Ort wohnenden zweiten Geistlichen anzuerkennen. Ein ebenfalls von der Regierung gestellter Antrag, die Niederschlagungswasser einer Straße der alten Gemeinde in die hiesige Kanalisation aufzunehmen, wurde abgelehnt, da man hierdurch beabsichtigt, die alte Gemeinde der Eingemeindungsfraße näher zu bringen. — Den Erlaß einer neuen Lustbarkeits-Steuerordnung wurde zugestimmt; ein von uns gestellter Antrag, die ganze Steuer aufzuheben, erhielt nur sechs Stimmen. — Eine Kommission, in der die dritte Wählerklasse nicht vertreten zu sein braucht, ist die Kassenrevisions-Kommission, dem man lehnte den von uns vorgeschlagenen Entwurf ab. Bei der hierauf folgenden Diskussion, woran auch die sogenannte bürgerliche Opposition stark beteiligt war, gewann es den Anschein, als wenn diese Herren gern unter sich bleiben wollten. Die Entlassung eines Beamten, worüber in geheimer Sitzung verhandelt wurde, wurde zurückgezogen.

### Von den Antillen.

Die Stadt Bourth-Sainte-Marie, welche 25 Kilometer von Mont Pelée entfernt ist, steht in Flammen. Die Stadt hat 10 000 Einwohner und ist durch ihre Zunderschichten bekannt. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die vulkanischen Ausbrüche auf den Antillen noch lange nicht vorüber sind. So liegen aus Fort de France folgende Meldungen vor:

In den letzten Nächten wurden hier etwa fünfzehn heftige Detonationen, welche von Blitzen begleitet waren, veripirt, gleichzeitig wurde der Ausbruch des Berges stärker. In der Umgegend von Prêcheur haben sich neue Krater gebildet. Auf dem fünften

Teil der Insel ist alles durch Feuer vernichtet; der Rest ist von Asche bedeckt. Die Bewohner der nördlichen Hälfte, welche nach der südlichen gebracht worden waren, kehren wieder nach den Gegenden, in welchen sie früher gewohnt haben, trotz der drohenden Gefahr, zurück.

Eine weitere Meldung besagt: Bei Nordwestwind ist hier reichlicher Regen eingetreten, es fällt weißliche Asche. In Carbet herrscht in der Bevölkerung Panik, die Stadt wird geräumt. Die Kommission für die Beerdigung der Opfer der Katastrophe ist hierher zurückgekehrt. Man hat hier unterirdisches Rollen verspürt. Die hiesige Bevölkerung ist ruhig.

Weiter wird von St. Thomas gemeldet: Heute früh um 6 Uhr wurden von Südosten, aus der Richtung, in der Martinique liegt, heftige Detonationen gehört, welche stärker waren als die am 7. Mai vernommenen.

Mit dem Paketboot „Saint-Germain“ sind am Sonntag in Frankreich die letzten Postsendungen eingetroffen, die in St. Pierre vor der Katastrophe ausgegeben wurden. Manche sind tief erschüttert, da sie beweisen, daß ihre Verfasser auf die furchtbaren Folgen bereits gefaßt waren; so ein Schreiben eines Bewohners von St. Pierre, Herrn Roger Portel, an seinen Bruder, Es lautet: „Sonnabend, 3. Mai. Ich wache auf; es ist 5 1/2 Uhr. Die Straßen und Häuser sind mit einer Schicht grauer Asche bedeckt, die dem Portland-Cement ähnlich sieht. Die Montagne Pelée, die seit acht Tagen aus ihrem langen Schlaf erwacht ist, scheint von einer tief schwarzen Rauchwolke umhüllt zu sein. St. Pierre — ein den Eingeborenen völlig unbekanntes Schauspiel! — scheint ein von grauem Schnee überdeckte Stadt zu sein. Auf dem Wege der Rivière Blanche kann ich nicht über das Ex Voto hinauskommen. Ein Stäubregen blendet mich und dringt mir in die Nase ein. In diesem unmoralischen Nebel vermag man um 9 Uhr morgens keinen Menschen 30 Meter weit zu unterscheiden. Die Bewohner von La Montagne-Quirlande, Le Prêcheur, La Grande, Savane, Anse Seron, Grand lag und des Morne-St.-Martin, sowie die der Höhen von Jnard und Pavillot verlassen ihre Häuser, Büden, Landhütten und Strohhütten, um sich in die Stadt zu flüchten. Das ist ein wildes Laufen von erschreckten Leuten, ein Gemisch von Frauen und barfüßigen Kindern, von Bäuerinnen, deren Hüpfschen, ohne daß sie eine Ahnung davon haben, bedudert sind, und von großen schwarzen Gefellen, die unter der Last der für die nächste Nacht erforderlichen Matrasen daherkommen, während an den Fenstern der städtischen Häuser alte Frauen unaufröhrlich die Lippen im Gebete bewegen. Gegen 10 Uhr lag die Asche 3 Centimeter hoch in den Straßen des Forts. Die Läden und Schulen sind geschlossen. Der Gouverneur Herr Routet ist mit dem „Rudis“ aus Fort de France angelangt.

Mittag. Die Zeitung „Les Colonies“ hat foeben eine Subskription für die Bewohner der Montagne Pelée und von Le Prêcheur eröffnet. Die Löschmänner bespringen aus den Wasserleitungen die Straßen. In den hochgelegenen Vierteln und in den Gäßchen ordnet ein Polizist, der von einem eine Glocke schwingenden Manne begleitet ist, die Versammlung an. Ich fühle mich bekommen, und die Nase brennt mir. Sollen wir denn alle des Erstickungstodes sterben? Die Priester haben in der vergangenen Nacht die Kirchen öffnen lassen, und während der Vulkan aus zwei Kratern eine Rauch- und eine Fenerfäule in die Luft schleuderte, beteten und beichteten die Gläubigen und hörten auf die Ermahnungen der Priester, von dem Grollen des Vulkans aufs äußerste beunruhigt. Ich habe D. noch nicht gesehen und weiß somit auch nicht, ob die Naturscheimung ihn auf seiner Bergstade des Morne-Cobé überroft hat. Von der Place Catin kann man nicht den oberen Teil der Rue Lambert, das Bett der Kogelane und den Hügel der Erziehungsanstalt der Pères du Saint-Esprit unterscheiden. Von der Ankerplatzschule aus macht eine dicke Rauchwolke über den Glockentürmen der Kathedrale selbst die Masse des Morne Abel unsichtbar. Was behält uns der kommende Tag vor? Einen Lavastrom? Einen Stehregen? Einen Ausbruch erstickender Gase? Oder irgend eine Adererschwemmungskatastrophe?

Sehr interessant war zum Teil ein Vortrag, den der Amerikaforscher Dr. E. Decker in der Urania über die Antillen hielt. Danach ist das westindische Meer in normalen Zeiten das kälteste aller Tropenmeere; Kolumbus verglich es es dem Guadalquivir in Spanien. Es sind hier drei Arten von Inseln zu unterscheiden. Auf den Bahama-Inseln, denen Korallenriffe vorgelagert sind, finden selten Erdbeben statt. Sehr häufig werden dagegen die westlich von St. Thomas gelegenen Karibischen Inseln von Erdbeben heimgesucht, doch sind hier keine Vulkane, so daß von Lava nichts zu fürchten ist. Von St. Christophen südlich erstreckt sich eine dritte Inselgruppe von vulkanischem Charakter. Es scheint, als ob die Katastrophe dieses Monats sich seit Jahren angekündigt hat, denn auf Montserrat verging seit 1896 kein Tag ohne Erdstöß, mancher Tag brachte deren bis hundert. Im Jahr 1897 fielen auf Guadeloupe zahlreiche Menschenleben einem Erdbeben zum Opfer. Martinique, die Perle der kleinen Antillen, hat auch schon viel unter den Unbilden der Natur zu leiden. Furchtbare Regenflüsse schädigen oft die Plantagen und reißen selbst Ostschiffen weg; 1891 hat ein Orkan im Orte Morue Rouge 400 Menschenleben vernichtet und einen Schaden von 72 Millionen Franks angerichtet. Der Mont Pelée, d. h. stolzer Berg, gab zuletzt 1792 und 1851 Spuren vulkanischer Thätigkeit, die allerdings nicht stark waren, zu erkennen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

In der Standalaffaire, über die wir im lokalen Teil unseres Blattes unter der Spitzmarke: „Eine laune gläubliche Geschichte“ berichtet, wird noch gemeldet, daß die Erhebungen der Kriminalbehörde zur Verhaftung eines 67-jährigen Mannes geführt haben. Es sei festgestellt, daß das 12-jährige Mädchen vier Nächte und vier Tage bei demselben zugebracht habe und mit demselben städtischen Besuche unterhalten hat. Weitere Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

#### Demission Waldeck-Rousseaus.

Paris, 20. Mai. (W. L. B.) Es wird bestätigt, daß Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, da er seine Aufgabe als erfüllt ansehe, sich entschlossen habe, vor dem 1. Juni seine Demission zu überreichen und dem Präsidenten Loubet die Sorge zu überlassen, ein Kabinett zu Beginn der Session der neuen Kammer zu bilden. Waldeck-Rousseau hat seine Kollegen und den Präsidenten Loubet hiervon vor der Abreise des letzteren in Kenntnis gesetzt. Das jetzige Kabinett würde, wie es heißt, bis zur Bildung des neuen im Amt bleiben.

#### Hochwasser.

Aus Mannheim meldet die „Post, Ztg.“: Der Redar und Rhein sind über die Feiertage stark angeschwollen; der Redar hat das Vorland weithin überdeckt.

Rhein, 20. Mai. Infolge des anhaltenden Regens sind der Rhein und seine Nebenflüsse stark im Steigen begriffen. Der hiesige Pegel zeigte heute vormittag 3,78 Meter, ist also seit gestern um 55 Centimeter gestiegen. Die Mosel und die Saar führen Hochwasser.

Andapest, 20. Mai. (W. L. B.) Im Komitat Ung wird zwischen Jaborj und Gsp eine Holzbrücke über die Theiß hergestellt; infolge der Stauung von Flößen unter der Brücke stürzte ein Teil der Brücke ein; mehrere Personen, die sich auf den Flößen befanden, sind ertrunken.

Bombay, 19. Mai. Nach vierthägiger Unterbrechung ist die telegraphische Verbindung zwischen Kattack und den übrigen Teilen Indiens wiederhergestellt worden. Im Distrikt Kattack sind vierzig Meilen Eisenbahnstrecken weggeschwemmt, Brücken und Dämme fortgerissen und fünfzig Meilen Telegraphenlinien zerstört.

Die Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter

wurde, nachdem am Vorabend eine Vorbesprechung stattgefunden hatte, am 18. Mai im Berliner Gewerkschaftshause eröffnet.

Dem Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Wollmann erstattet, ist zu entnehmen, daß der Verband in den letzten Jahren eine innere Krise durchgemacht hat.

Der Rechnungsabschluss der Gesamtkassen des Verbandes für 1899-1901 weist bezüglich der Verbandskasse die Bilanzsumme von 479.660,55 M. auf; bezüglich des Beihilfefonds die Bilanzsumme von 114.612,73 M.

Der Redacteur Rich. Zahn vom Verbandsorgan „Die Ameise“ berichtet, daß Beschwerden von prinzipieller Bedeutung seitens der Mitglieder nicht eingegangen seien.

In der Nachmittagssitzung wird über die Berichte des Vorstandes, des Kassierers und des Redacteurs gründlich debattiert.

In der Sitzung vom 19. Mai wird zunächst zur Sitzung und Prüfung der zahlreichen Beschwerden, deren Behandlung im Plenum eine zu lange Zeit in Anspruch nehmen würde, eine Kommission gewählt.

In der Sitzung vom 20. Mai erwidern zunächst die Vertreter des Schiedsgerichts, Kleinwächter und Ritten, auf die ihnen resp. der Zahlstelle Oberhausen gemachten Vorwürfe.

Sodann erstattet Kleinwächter Bericht vom Schiedsgericht. Seit der außerordentlichen Generalversammlung 1900 hat das Schiedsgericht 30 Beschwerden erledigt und hierbei in den meisten Fällen den Standpunkt des Vorstandes als richtig anerkannt.

Ferner gelangt noch nachträglich zur Vermögensangelegenheit folgende Resolution mit 83 Stimmen zur Annahme: „Die Generalversammlung konstatiert nach vorhergegangener Verhandlung bezüglich der Festlegung des Verbandsvermögens, daß der verstorbenen Verbandskassierer Behr infolge seines pflichtwidrigen Verhaltens, das heißt, der pflichtwidrigen Zurückziehung der Vollmacht, der Hauptschuldige ist.“

In der Nachmittagssitzung wird zunächst über die Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Beschwerden berichtet. Die von der Kommission getroffenen Entscheidungen werden von der Generalversammlung sämtlich gutgeheißen.

deren Behandlung von der für die Beschwerden gewählten Kommission dem Plenum überwiesen wurde. Nach einigen Erwiderungen durch die Vertreter der angegriffenen Zahlstellen wird mit 17 gegen 14 Stimmen die bisherige Taktik des Vorstandes als vollkommen richtig anerkannt.

Hierauf wird zur Beratung der vorliegenden Anträge zum Statut usw. geschritten. Von den hierbeigeführten Beschlüssen ist von besonderer Bedeutung derjenige, wonach den Mitgliedern sofort und nicht wie bisher nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft vom Vorstand voller Rechtschutz gewährt werden kann.

General-Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Geheiligen Deutschlands.

Halle a. S., 18. Mai 1902.

Der Geschäftsführer des Verbandes Josephsohn teilt mit, daß 14 Delegierte aus 14 größeren Städten Deutschlands amwesend sind. Der Lagerhalter-Verband ist durch den Kollegen Beck-Halle vertreten. Nachdem Friedländer-Berlin zum Vorsitzenden gewählt worden, erstattet Josephsohn den Geschäftsbericht, der sich auf die Zeit vom 1. Januar 1900 bis 31. Dezember 1901 erstreckt.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Reichstags-Abgeordneter Rosenow-Berlin über den Stand der Socialreform im Handelsgewerbe.

Die sociale Lage der Gehilfschaft des deutschen Handelsgewerbes macht reichsgerichtliche Maßnahmen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Gehilfen und Gehilfinnen zu einer unerlässlichen Notwendigkeit.

Die Generalversammlung macht es den organisierten Kollegen zur Pflicht, in der Agitation für die Durchführung dieser Forderungen inermüßlich zu sein.

Swienty-Halle sprach dann über kaufmännische Schiedsgerichte. Die Angelegenheit sei seit der letzten Generalversammlung nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen.

Das Referat über „Unreue Stellung zu den Konsumgenossenschaften“ hatte Th. Meyer-Hamburg übernommen. In der Einleitung entwickelt er ein Bild von der Entwicklung der Konsumgenossenschaften Deutschlands.

Streitigkeiten den Vertreter des Verbandes als vollberechtigten Vertreter der Angestellten anzuerkennen.

Nach einer lebhaften Debatte, in der u. a. der Wunsch geäußert wurde, den genossenschaftlichen Teil des Verbandsorgans auszubauen und in den Forderungen allgemeine Gehaltsbedingungen zu stellen, wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten, mit der Abänderung, daß auch für Sonnabende der Aktuhr-Ladenschluß gefordert werden müsse, angenommen.

Nach einer Schlußrede des Vorsitzenden wurden die Verhandlungen mit begeistert angenommenen Hochrufen auf die Klassenbewußte Handlungsgehilfenbewegung geschlossen.

XIII. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes.

Essen, den 17. Mai 1902.

Im festlich geschmückten Saale der „Vorussia“ begann heute nachmittag die 13. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Mit dem Vorsitz wurde betraut: S. A. G. Juidau als erster und Schröder-Dortmund als zweiter Verhandlungsleiter.

Der Redacteur Leimpeters erstattet Bericht zum Punkt: Verfe. Er befaßt sich etwas näher mit dem sogenannten Arbeiter-Kampf, der sich nicht entzündete, die Unzufriedenheit der Bergarbeiter auf socialdemokratische Geize zurückzuführen.

In der Diskussion spricht zunächst zu den erstatteten Berichten Klein-Saarrevier. Derselbe betont, daß ein Vorwärtschreiten der Organisation in Saarrevier nur zu verzeichnen sei, wenn dort ein Mann angestellt werde, der in wirtschaftlicher Beziehung die Verhältnisse der Arbeiter und der Unternehmern nicht zu fürchten habe.

Die Verhandlungen des zweiten Verhandlungstages werden durch S. A. G. Juidau eröffnet. Der Vorsitzende begrüßt die verschiedenen Delegierten aus Belgien und Frankreich, welche in ihren Antworten für die internationale Solidarität der Arbeiter eintreten.

Die Verhandlungen der geäußerten Wünsche abhängig sei von der Erhöhung der Beiträge.

Essen, den 18. Mai.

Die Verhandlungen des zweiten Verhandlungstages werden durch S. A. G. Juidau eröffnet. Der Vorsitzende begrüßt die verschiedenen Delegierten aus Belgien und Frankreich, welche in ihren Antworten für die internationale Solidarität der Arbeiter eintreten.

Amnebre werden die Verhandlungen aufgenommen. Auf Antrag Meier wird beschlossen, den Bergarbeiter-Kalender nicht mehr herauszugeben. Ein Antrag, daß die Hauptkasse die Beiträge für die Gewerkschaftskarte zu zahlen hat, wurde angenommen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die Lage der Arbeiter in der Montanindustrie“ erhält zunächst das Wort: Scholtz-Oberhausen: Aus meinem Bezirk ist nichts Gutes zu berichten. Der Obersteiler muß mehr Werte schaffen, als der Bergmann in anderen Bezirken, der Knappe in Oberschlesien schafft für den Unternehmer pro Jahr einen Ueberschuß von 1752 M.

Der Bergmann-Niederhessen: Die Unternehmer in Niederhessen sind hervorragend beteiligt bei dem Vorkommen, durch Import von Arbeitswilligen kämpfende Arbeiter in den Süden zu lassen. Den Versprechungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter stehen tatsächlich Verschlechterungen entgegen.

Arbeitszeit oder Feiertagsarbeiten, ein soziales Programm des Unternehmers. Wir haben ja auch noch den Vorzug, Frauen zur Grubenwanderung zu sehen. Unser schlimmster Feind ist die Unwissenheit der Arbeiter. Hier muß der Hebel angelegt werden. (Beifall.)

**Sozial- und Reichs-Verhältnisse:** Im Braunkohlen-Vergabebau ist fast allgemein eine zehnstündige Arbeitszeit üblich, in einzelnen Betrieben wird neun Stunden gearbeitet. Im Sommer wird die Arbeitszeit auf 11—12 Stunden erhöht, um bei Nachlassen der Konjunktur bis auf 4 Stunden reduziert zu werden. Die Grubenkontrolle ist sehr mangelhaft. Beschwerdeführer ist gefährlich, der Name des Beschwerdeführers wird dem Grubenherrn bekannt und der Waghalsige liegt auf dem Pflaster.

**Silber-Eisen:** Wenn man den Namen Mansfeld vernimmt, dann grüßelt's einem und das nicht mit Unrecht. Im Mansfelder Kupferbergwerk ist von schlechter Konjunktur keine Rede — für den Unternehmer wenigstens nicht, wohl aber für den Arbeiter, denn die Löhne erfahren ganz enorme Reduktion, so daß Häuer 2,70 bis 2,80 M. Lohn erzielen; die Schichtlöhne betragen bis zu 1,80 M., an jugendliche Arbeiter wird gezahlt 1,25 M. Ein Skandal ist es auch, daß im Mansfeldschen noch Kinder unter 16 Jahren in der Grube beschäftigt werden. Ein Hohn ist das bei uns übliche Kaufgebende. Die Dörter werden zum Abbau an den Windesfordern vergebend. Bei den Versteigerungen wurden die Preise schon bis fast ein Drittel des angelegten Normalgebudes heruntergedrückt. Im Harz, wo der Staat Arbeitgeber ist, beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden bei Löhnen von 2,50 bis 2,60 M. für Häuer. **Zimmermann-Zwickau:** Im Königreich Sachsen führt das Unternehmertum mit großer Hartnäckigkeit den Kampf gegen die Organisation, aber trotzdem, wir schreiten vorwärts. Als Konkurrentin gegen den Mann wird bei uns die Frau mißbraucht. Als Folge der Krise haben wir starke Lohnreduktion bei eis- bis zwölfstündiger Arbeitszeit zu verzeichnen. Die verschiedenen Petitionen der Arbeiter waren erfolglos. **Höfeld-Dortmund:** Hier gingen die Löhne verschiedentlich um 1,00 bis 1,20 M. zurück. Allgemein wird Klage geführt über schlechte Behandlung der Arbeiter. Ein Mißstand ist die Verschiedenheit der Wagen bezüglich des Raumgehaltes. Vielfach werden die Schichten verlängert, durch vorzeitigen Beginn und vorzeitigen Schluß bei der Einfahrt der Mannschaft, bei der Ausfahrt verfehrt man umgekehrt. Zu rügen ist sodann die Verschiedenheit der Gehaltslöhne, wenn „gerogelt“ wird, dann noch unten. **Spaniol-Oberhausen** klagt über thätliche Mißhandlungen der Arbeiter durch Betriebsführer. **Russel-Langendreer** führt Beschwerde über Stürzung des Deputats für Sandbrunn. Auf einzelnen Gruben stellt man nur einen Mann vor die Kohle. Wenn ein solcher Arbeiter verunglückt, kräht kein Hahn danach. **Vorkenkirchen-Hausham:** Wenn in Vorken die Verhältnisse günstiger liegen für die Arbeiter, wie in den übrigen Bezirken Deutschlands, dann können wir das auf unsre Organisation zurückführen. Unsere Arbeitervereine sind auch bei der Grubeninspektion entgegenkommen. **Klein-Saarbrücken:** In Saarbrücken wird dem Arbeiter durch Vater Staat die Ausübung der Staatsbürgerrechte einfach verweigert, er duldet nicht, daß der Arbeiter sich irgend einer Organisation anschließt. Dem Grubenaufsicht wird sogar verboten, in seinen Stellungen die Lohnsätze zu erhöhen. — Damit schließt die Diskussion. Es ist folgende Resolution eingegangen, die einstimmig Annahme fand:

Die Generalversammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes vernimmt mit Entrüstung, wie unwürdig noch immer die Arbeiter in den deutschen Bergbetrieben behandelt werden. Sie protestiert entschieden gegen diese Brutalitäten, ebenso gegen die rigorosen Lohnabzüge und Bestrafungen. Die Delegierten sind der Ansicht, daß diese Aufreizungen der Belegschaften nur zu dem Zwecke geschehen, um die Arbeiterschaft in einen Streit zu treiben. Dagegen fordert die Generalversammlung alle Berufsangehörigen auf, sich nicht zu einem Ausstände provozieren zu lassen, da derselbe augenblicklich nur den Unternehmern zum Nutzen gereichen würde. Ruhe ist gerade jetzt unsre beste Verteidigung und Werbung für die Organisation unsrer erste Pflicht, damit, wenn die Zeit für uns günstiger ist und die Unternehmer den Frieden nicht wollen, wir den gerechten Kampf für unsre Rechte aufnehmen können.

Die Generalversammlung erwartet von den Regierungen, daß sie den Uebelständen im Bergbaubetriebe in gründlicher Weise durch gesetzliche Eingreifen zu Gunsten der mißhandelten Arbeiter ein Ende macht.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: **Sozialpolitische Anträge**, referiert Knappschafskämmerer **Reis** - Gesellenvereine über Knappschafswesen. Nach ausführlicher Begründung empfiehlt Redner eine Resolution zur Annahme, durch welche folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Regelung des Knappschafswesens durch Reichsgesetz; darin muß die Berufsqualifikation anerkent erhalten bleiben. 2. Einheitliche Beiträge und Renten; Wegfall der Klassen-einteilung bei der Pensionskasse; Befreiung der unfähigen Mitgliedschaft. 3. Erhöhung der Renten, damit sie den Bedürfnissen der Mitglieder und dem Zwecke der Kassen entsprechen. 4. Befreiung jeder Aufrechnung anderer Renten auf die Berginvaliden-pensionen. 5. Festsetzung eines Dienstalters (in Jahren), nach dessen Ableistung die Berginvaliden-Pension unbedingt zu gewähren ist, ohne daß Vergünstigung nachzuweisen wäre. 6. Sicherung der erworbenen Mitgliedsrechte im Fall freiwilliger oder unfreiwilliger Abkehr von einem Vereinswerk. Eventuell Rückzahlung der geleisteten Beiträge unter Abzug der entstandenen Verwaltungskosten.

In der Diskussion sprachen eine Anzahl Redner speziell zu der in der Resolution unter 5. aufgeführten Forderung, weil ein Arbeiter-vertreter — Verbandsmitglied — auf dem Knappschaf-Verbandsstag in Berlin den bezüglichen Anträgen der Werkvertreter nicht entgegengetreten ist. Darauf wird die vorstehende Resolution wie auch die nachfolgende einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes, als Vertretung von 12 000 Kassenmitgliedern, spricht sich aus für eine Weiterbildung der Krankenkassen-Gesetzgebung in dem Sinne, daß die angelegte Novelle zum Krankenkassen-Versicherungsgesetz den knappschaflichen Krankenkassen vorschreibt: 1. Gewährung eines Krankentages in Höhe von 1/4 des verdienten Lohnes. 2. Gewährung freier Kur und Arznei auch an die Familienangehörigen der Kassenmitglieder. 3. Begleichung des Krankengeldes vom ersten Tage der Krankheit bis mindestens nach Ablauf der 26. Krankentage. 4. Zulassung von diplomierten Naturheilärzten. 5. Freie Wahl der Ärzte.

Der Verband erhält Auftrag, der Regierung die Resolution zu unterbreiten.

Damit schließen die Verhandlungen des zweiten Tages.

**Essen, den 19. Mai.**

**Schröder** eröffnet die Sitzung, darauf nimmt zu einem Referat über **Reichs-Gesetz** das Wort **Sachs-Zwickau**. Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme: „Die am 19. Mai in Essen tagende Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter appelliert aufs neue an das Reichs-Parlament und Reichstag, und ersucht dringend, endlich eine reichs-gesetzliche Regelung des Bergarbeiterwesens baldigst herbeizuführen. Das Verhalten der Einzelstaaten, Preußen, Sachsen, Bayern usw., gegenüber den Bergarbeiterpetitionen beweist aufs neue, daß sich das eine Land auf das andere verläßt und daß diese Landesparlamente selbst in manchen Punkten, namentlich bezüglich Knappschafswesen, reichsgesetzliche Regelung verlangen (siehe Nr. 146 Denkschrift der sächsischen Ersten Kammer, Seite 26). — Da in Bezug auf Länge der Schichtzeit die Nachbarländer Österreich, Frankreich, England und sogar Belgien uns voraus sind, so liegt für Deutschland um so mehr Grund vor, endlich den alten Schandrian abzustreifen und eintrifflig, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, den andern zu folgen.“ — Sodann folgt in der Resolution Aufzählung der bekannten Forderungen: Regelung der Schichtdauer, Verbesserung der Grubeninspektion, Reform des Knappschafswesens und des Strafsystems sowie der Gehaltsfestsetzungen, ferner endlich gesetzliche Bestimmungen über Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern im Bergbau. — Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Der zweite Vorsitzende **Schröder** nimmt sodann Bezug auf eine Notiz des Reichstages-Telegraphenbureaus betreffend die Generalversammlung, weist unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Unterstellung, es habe eine geheime Sitzung stattgefunden, entschieden zurück. Die „geheime Sitzung“ habe bei offenen Türen getagt, es sei eine geschäftliche Vorbesprechung gewesen. Bei der sodann vorgenommenen Abstimmung vorliegenden Anträge gelangten u. a. nachfolgende, von größerer Bedeutung, zur Annahme: Die Gemahregelten-Unterstützung wird 6 Wochen lang ausgesetzt und zwar 12 M. pro Woche, für jedes Kind 50 Pf. pro Woche. „Für den Streikfonds sind auch freiwillig zu Liebende 10 Pf.-Marken auszugeben.“ — Der Vorstand wird von dieser Generalversammlung beauftragt, der Generalversammlung 1903 eine Vorlage zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für unsere Mitglieder zu unterbreiten. Werden verstorbene Mitglieder wegen ihrer Mitgliedschaft zum Verbands von der Kirchenbehörde zurückgelegt, an einem besonderen Begräbnisplatz begraben, so hat der Verband im Prozeßwege den ordentlichen Begräbnisplatz zu erstreiten.

Anträge betr. Gründung einer Pensionskasse für die Verbands-beamten werden für die nächste Generalversammlung zurückgestellt.

Die sodann vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: **Sachs**, 1. Vorsitzender (Neuwahl), **Schröder**, 2. Vorsitzender, **Reis**, Kassierer (Wiederwahl), **Hus** und **Leimpeters** werden als Redacteurs wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird **Wien** bestimmt.

Zum folgenden Punkt **Verstaatlichung von Gruben**, hielt der Leiter des Bergarbeiter-Verbandes, Redacteur **Otto Hus**-Essen, ein interessantes Referat. Er schloß mit der Bemerkung: Auch der Bergarbeiter als solcher kann ruhig der Verstaatlichung zustimmen. Als Staatsbürger muß er dafür eintreten und durch Beteiligung am politischen Parteileben und Wahl von volksfreundlichen Abgeordneten die Staatsleitung und Gesetzgebung im demokratischen Sinne beeinflussen. Vergessen Sie aber unter keinen Umständen, daß niemals und nirgends der Arbeiter eine Verbesserung seiner sozialen Lage erreichte ohne kräftige Organisation.

Die Generalversammlung erklärt sich im Princip mit den Ausführungen einverstanden.

Darauf werden die Verhandlungen nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden **Sachs** mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

## Kongress der Steinarbeiter Deutschlands.

**Leipzig, den 19. Mai 1902.**

Der Kongress der Steinarbeiter (Steinmeyer, Marmorarbeiter) begann am Pfingstmontag.

**Lange**-Leipzig eröffnete den 11. Kongress im Namen der Leipziger Kollegen.

Hierauf wurde das Bureau gewählt, und zwar **Starke**-Wechselburg erster Vorsitzender, **Lange**-Leipzig zweiter Vorsitzender und **Vicario**-Pirna, **Linden**-Bremen Schriftführer und **Reich**-Leipzig als Führer der Rednerliste.

Es wurden die Kommissionen gebildet und die Tagesordnung festgestellt.

Die Angelegenheit der Kieler Steinarbeiter wurde einer besonderen Kommission übertragen.

Für die Mandatsprüfungskommission erstattete **Siebold** Bericht. Es sind 42 Delegierte anwesend, ein Vertreter des Ausschusses und ein Kollege von der Kontrollkommission, von der Geschäftsleitung **Oswald** und **Hirtmann**. Die Delegierten vertreten 7405 organisierte und 13 285 unorganisierte Steinarbeiter. Von 29 Orten sind keine Angaben über die Höhe der Zahl der Organisierten gemacht worden, so daß die Zahl der Organisierten, die Vertreter sind, höher ist. Für Kiel ist ein Sonder-Delegierter gewählt worden, dessen Mandat beantragt wurde. Das Mandat wurde für ungültig erklärt.

**Oswald**-Berlin erstattet den Geschäftsbericht. Als er von seinem Vorgänger das Amt übernahm, waren 189 Zahlstellen, Ende 1901 waren 180 Zahlstellen. Einige weitere sind eingegangen, andre neu gebildet worden. Große Einbuße haben wir im Bahrischen Walde gehabt. Als im Granitwerk **Blaubeck** ein Tarif geschaffen worden, wurden die Mitglieder lässig, die Organisation ging zurück. Dies wurde zu Lohnreduktionen benutzt und durch Zusammen-schluß zweier Werke wurde auch der Tarif aufgehoben und die Leiter der Organisation gemahregelt. Im Bahrischen Walde sind 30—40 solcher Werke. Sehr gut ist die Organisation in Westfalen. Das ist zu danken den Kollegen aus Düsseldorf und Essen. Im Rheinland sind keine Fortschritte gemacht, die einzige Zahlstelle in Köln ist eingegangen. Im Durchschnitt sind pro Jahr 40 Wochen Arbeit zu rechnen und 10 Wochen Arbeitslosigkeit. Nach den Beiträgen ist die Zahl der Organisierten 8800, und zwar 5995 Steinmeyer, 651 Schiefer, 371 Brecher, 377 Pflasterstein-Arbeiter usw. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben; zu gewinnen sind noch 2 Prozent der Berufsangehörigen, denn 8 Prozent sind nur organisiert. Die Zahl der Lohnbewegungen in diesem Frühjahr betrug 17. Sieben sind nach Rücksprache beigelegt und zwar ohne Reducierung der Tariffätze. Die wirtschaftliche Krise hat uns am meisten betroffen. In den Betrieben, in denen früher 3—400 Mann beschäftigt waren, werden jetzt nur noch 200 beschäftigt. Die Ausstände waren nur Abwehrstreiks. Beteiligt waren 519 Arbeiter an den Streiks. Die Kostenersparnis veranlaßte, den Kongress nicht nach Düsseldorf, sondern nach Leipzig zu berufen. Die Organisationen des Ausstandes sind eingeladen worden, aus Geldmangel ist aber eine Delegierten-sendung nicht erfolgt. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist nicht eingeladen worden und hat auch keinen Vertreter entsandt. Er halte dies für bedauerlich, da sie über Einrichtungen anderer Verbände Aufschluß geben konnte.

**Hirtmann**-Berlin erstattete den Kassenbericht. Als er am 1. Juli 1900 das Amt übernahm, waren die Kassenverhältnisse nicht die rosigsten. Es war ein Kassenbestand von 13 781 M. vorhanden, dem 45 891 M. S채ulden gegenüber standen. Es waren dies zum Teil Rückgaben zu den Streiks in Berlin, Schleifen und den Kasperrungen in Dresden und Pirna, dann aber auch Folgen der lauen Handhabung der Kassenverhältnisse durch die frühere Geschäftsleitung. Wie die vorige Geschäftsleitung gefehlt habe, geht daraus hervor, daß sie in Gotha die Zahl der Zahlstellen auf 220 angab, aber nur 160 vorhanden waren, von denen noch eine Anzahl nicht lebensfähig waren.

Mit dem Kassenbestand von 42 859,93 M. am 1. Januar 1901 betrug die Einnahme im Jahre 1901 insgesamt 172 410,13 M. Die Ausgaben zerfallen in 73 16,43 M. für schriftliche und mündliche Agitation, 14 988,85 M. Reise-Unterstützung, 64 229,19 M. Streik-Unterstützung, 2052 M. Unterst黷zung Gemahregelter, 308,85 M. Umzugskosten, 1062,92 M. Gerichtsloskosten und Rechtschutz, 8554,60 M. Druckkosten, 8509,43 M. Verwaltung, 900 M. Beitrag an die General-kommission, 21 300 M. an Darlehen zurückgezahlt. Es verblieb ein Kassenbestand von 43 019,86 M. am 31. Dezember 1901.

Die Kosten der ausgearbeiteten und an die Regierung versandten Denkschrift belaufen sich auf 7400 M. Vom 1. Januar bis 10. Mai 1902 wurden vereinnahmt 23 749,71 M., sodann ein Bestand mit dem Kassenbestand vom 31. Dezember 1901 insgesamt 66 769,57 M. betrug. Die Ausgaben für diese Zeit betragen 40 204,84 M.

**Lange**-Leipzig gibt den Bericht der Kontrollkommission. Die T채tigkeit sei eine umfangreiche gewesen. Beschwerden sind 21 erledigt worden. 13 Beschwerden wurden abgelehnt, 6 Beschwerden wurde stattgegeben und eine an die Prellkommission verwiesen. Eine Beschwerde wurde zurückgewiesen. Er beantragte namens der Kommission, der Geschäftsleitung Dedargе zu erteilen. Es wurden alle drei Berichte und die dazu gestellten Anträge zur Debatte gestellt.

**Wichers**-Breslau bemängelt den Ratsschlag der Geschäftsleitung, anstatt in den Streik einzutreten, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Dadurch wäre nicht erreicht worden und seien eine Anzahl gemahregelt worden. **Vergauer**-Engelsberg beklagt die ungenügend gewählte Maßregelungsunterstützung während **Waller**-Hannern die ungenügende Unterstützung des Streiks in Hannover bemängelt. Der Kassierer **Hirtmann** hebt hervor, daß der Streik in Hannover nicht anerkannt ist und auch nicht anerkannt

werden konnte. **Staudinger**-Gringberg bemerkt, daß die Wahl **Oswalds** zwar glatt durch Abstimmung erledigt worden ist, aber sein Empfang in Berlin kühl gewesen sei. Er bemängelt ferner, daß im September v. J. 5000 M. Darlehen an das Gewerkschaftshaus in Pirna gegeben worden sind, während man einen Monat zuvor nicht gewußt habe, wie man die Gelder für die Streikenden ausbringen sollte. Er begrüßt die T채tigkeit der Kontrollkommission und erwartet, daß deren Kompetenzen erweitert würden.

## Zweiter Verhandlungstag.

**Leipzig, 20. Mai.**

**Dippel** berichtet über die Verhandlungen der Kommission, die zur Prüfung der Kieler Beschwerde eingesetzt worden war. Die Verhandlung hat mit den dortigen Unternehmern vereinbart, daß die Löhne der Jungesellen festgesetzt werden sollen, wenn sie 14 Tage in Accord gearbeitet haben. Entgegen dieser Abmachung und ohne die Geschäftsleitung zu fragen, haben die Kieler Mitglieder den Streik beschlossen. Die Kommission ist zur Ueberzeugung gekommen, daß ein Anspruch der Kieler auf Streikunterstützung nicht besteht. Die Maßregelungsunterstützung ist angewiesen worden. Wegen den neun gemahregelten Mitgliedern konnte die Geschäftsleitung doch die Unternehmer nicht verpflichten, sie einzustellen, wo der Streik entgegen der Abmachung ins Werk gesetzt worden ist. Bericht werden müsse, daß ein Delegierter entsandt worden ist. Eine Debatte wird nicht gewünscht und ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Debatte von gestern wurde fortgesetzt.

**Wittmann** mißt auch der Geschäftsleitung den Mißgang im Bahrischen Walde zu und bemängelt die Beschränkung der Reise-Unterstützung.

**Lange**-Leipzig hebt hervor, daß die Beitragsergebnisse immer besser geworden sind. Die Einnahmen aus Beiträgen stiegen von 10 821 M. im Jahre 1894 auf 91 706 M. im Jahre 1900. Sie sank wieder im Jahre 1901 auf 83 607 M. Der Kassenbericht habe das eine Gute gehabt, daß festgestellt worden ist, auf welche Ressorts die Ausgaben sich verteilen. Es wird nicht anrecht erhalten werden können, daß die Hartfeinarbeiter die meisten Opfer erfordern. Auch er bedauere, daß in der Geschäftsleitung Uneinigkeit besteht.

Die weitere Debatte bewegte sich im selben Rahmen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 1. Juni 1902. Wir eruchen daher die Mitglieder der Lokal-kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 23. Mai 1902, einbringen zu wollen: für „**Teltow-Beccow**“ an den Genossen **Hermann Schliebig** in **Brich**, Jahnstr. 2; für „**Nieder-Barnim**“ an den Genossen **Otto Liebe** in **Friedrichsfelde**, Victoriastr. 4; für „**Potsdam-Or-Haveland**“ an den Genossen **Albert Reue** in **Spandau**, Jagowstr. 9; für „**Diverse Orte**“ an den Genossen **Gustav Stein** in **Wriezen a. O.**, Frankfurterstr. 32, sowie für **Berlin** an den Genossen **Wilhelm Hinz**, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu besorgen, da spätere Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

**Nachträge** können in der Folge nicht mehr veröffentlicht werden. Bisher ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „**Lokalangelegenheiten**“ an die Redaktion des „**Vorwärts**“ gelangt worden sind; wir teilen daher den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen **Wilhelm Hinz**, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „**Vorwärts**“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht. Die Lokal-Kommission.

**Ober-Schönauweide.** Heute, Mittwoch, nachmittags von 8 bis 7 Uhr findet im Restaurant „**Wilhelminenhof**“ die **Erstwahl zur Gemeindevertretung** statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse **Gronow**. Genossen, sorgt dafür, daß unser Kandidat mit möglichst großer Stimmenzahl gewählt wird, damit den Gegnern der Mut für immer vergeht, zur dritten Klasse einen Kandidaten zu stellen.

Wählen kann jeder, der bei der letzten Hauptwahl in der Liste verzeichnet war, auf alle Fälle jeder, der unsrerseits eine Aufforderung zugefandt bekommen hat.

**Reinickendorf.** Der Wahlverein hält heute abend 8 Uhr seine Mitgliederversammlung bei **Muxer**, **Verliner** und **Humboldtstr.**-Ecke ab. Referent Genosse **Fendel**.

**Treptow-Baumh黷tenweg.** Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Restaurant **Michler**, **Ernst** und **Marienthalerstr.**-Ecke, seine Mitgliederversammlung ab. Die Genossen werden ersucht, ihre erwachsenen weiblichen Angehörigen mitzubringen.

## Gerichts-Beitrag.

**Schwere Strafe für eine thörichte Aeußerung.** Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung hatte sich gestern der Bauarbeiter **Hermann Schulz** aus Berlin vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte war bei dem Bau der neuen Kaserne im Schleifischen Busch bei Treptow beschäftigt. Am 17. Oktober v. J. entstand unter den Arbeitern des Baues eine dahingehende Bewegung, statt der bisherigen 40 in Zukunft 45 Pfennig pro Stunde zu verlangen. In der Mittags-pause sollte in einem Lokale eine Vorbesprechung stattfinden. Der Angeklagte verlangte von dem Arbeiter **Holschinsky**, er solle auch hinkommen. Dieser lehnte mit dem Vermerke ab, daß er einer andren Organisation angehöre, welche die Unterstützung bei Streiks von der Erfüllung gewisser Vorbedingungen abhängig mache. Der Angeklagte meinte: „Ach was, in diese Organisation ist g...“ „Wenn Du nicht hinkommst, schlage ich Dir den Hammer auf den Kopf!“ Diese Drohung wurde von der Strafkammer mit drei Wochen Gefängnis geahndet.

**Neu Mädchen und ein Mann.** Mit welchem Erfolge trotz aller Verhaftungen und Warnungen immer noch der Heiratschwindel betrieben werden kann, lehrt eine Verhandlung, welche gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurde der frühere Reisende **Levin Fodschubski** vorgeführt. Die über ihn angelegten Akten vermochte ein Mann kaum zu schleppen. Der 33jährige Angeklagte ist verheiratet und hat drei eheliche Kinder. Er kümmerte sich nicht um seine Familie, sondern lebte in den letzten Jahren allein und ernährte sich vom Heiratschwindel, wobei er seine Opfer lediglich unter den Dienstmädchen suchte und in übereichlichem Maße fand. Er versuchte stets nach der alten Methode. Hatte er ein Mädchen kennen gelernt, so trat er als reicher Mann an und war sofort mit dem Eheversprechen bei der Hand; nach drei Wochen sollte die Hochzeit sein. Die nach jeder Richtung hin Wehthören operierten ihm ihre gesamten Ersparnisse. War ein Opfer ausgebeutet, so verschwand der Freier. Neu Mädchen fielen ihm in die Hände. Eines derselben konnte krankheitshalber zum Termin nicht erscheinen, dieser Fall wird einer späteren, besonderen Verhandlung vorbehalten bleiben. Vier der Mädchen haben ihre Eltern in der Provinz aufsuchen müssen, sie leiden an den Folgen des Umgangs mit dem Angeklagten. Die übrigen vier traten als Zeuginnen auf und erzählten übereinstimmend ihre Leidens-geschichte. Die Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors **Müller**, ob sie denn nie von Heiratschwindlern gehört oder gesehen hätten und wie sie sich dem unscheinbaren Manne auf der Anklagebank, der doch gewiß kein Adonis sei, nach so kurzer Bekanntschaft hätten hingeben und ihm ihre Ersparnisse hätten opfern können, wurden übereinstimmend **Kremlaut** dahin beantwortet: „Der Mann wollte mich ja nach drei Wochen heiraten und war so reich, er wollte ja nur in einer augenblicklichen Verlegenheit sein.“ Der Angeklagte erklärte frech, er habe sich das Geld von den Mädchen, die ihm sehr entgegenkommen seien, nur ergötzt; sobald er dazu in der Lage



Donnerstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Hofjäger-Palast“ (fr. Bickel),  
Hofenstraße 52/53:

# Volkerversammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. P. Bernstein über: „Welchen Standpunkt muß der moderne Arbeiter zur  
Wohlfahrt einnehmen?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch, besonders aller organisierten Arbeiter, erwartet  
Der Eintrichter: Mithras. J. u. des Vereins abstin. Arbeiter und Arbeiterinnen.

## Verein Socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 23. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen  
Obst in Schöneberg, Weiningerstraße 8:  
Verbindung: Linde Alexanderplatz-Großstraße.

## ➔ Versammlung ➔

Tages-Ordnung:

1. Vortrag unseres Syndikus Dr. Schöps. 2. Diskussion. 3. Auf-  
nahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten (u. a. Beratung über  
unter Stiftungsgeldern. 09/11  
In dieser Versammlung werden die neuen Mitglieder-Verzeichnisse aus-  
gegeben.

Der Vorstand. J. u.: Ferdinand Ewald.

## Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.

Am Donnerstag, 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,  
Klosterstr. 3:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. Stabsdr. Dr. Borchardt über: „Kommunale  
Streitfragen“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Wahl des Vorstandes (Ab-  
rechnung der Parteiposition und Bericht der Revisionen). 4. Vereins-  
angelegenheiten. 250/7  
Mitgliedbuch legitimiert. Der Vorstand.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Saal I:

## Konferenz der Vertrauensleute des Südens.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Samstag, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:

## Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Situation bezüglich des Anmündungsweises und  
weitere Stellungnahme zu denselben. 2. Bericht über die Differenzen.  
3. Vertrauensmännerkarte nebst Buch legitimiert. Jede  
Verzinsung muß vertreten sein. 250/9  
Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Parkettleger!

Die Versammlung kann heute nicht stattfinden, weil eine Central-  
Vertrauensmänner-Versammlung tagt. Die Versammlung findet am  
Montag, den 26. Mai, bei Buske, Genabierstr. 33, statt.  
Der Obmann.

## Morrow

### Freilauf - Hinterräder.

Fertig gepackt  
zum Einsetzen in jedes Rad.  
Zusammengesetzt aus: Prima  
amerikanischen Doppelblech-  
Speichen, auf Kupfer hochfest  
vernickelt, Kronprinz-Stahlfelge  
beidseitig schwarz lackiert, auf  
Wauisch weich oder holzfarbig,  
und Morrow-Freilauf-Nabe mit  
automatischer Bremse, Räder  
1902. 40762\*

### M. 27.-

einschließl. Porto und Ver-  
packung frei Deutschland und  
Ostreich-Ungarn. Rücknahme  
oder Vorauszahlung.  
Bei Bestellung ist nur Ketten-  
linie, Kettenbreite, Teilung  
und Zähne-Anzahl sowie die  
Größe und Breite des Reifens  
anzugeben.

In beziehen durch:  
Otto Steber, Berlin N., Berg-  
straße 19. Julius Hopfer,  
Berlin N., Bahstr. 20. Richard  
Kathner, Berlin N., Aders-  
straße 163. Richard Buckow  
Berlin SO., Oranienstr. 171.

## Filialen:

Berlin, Chausseestraße 54 und  
Vellendianstraße 98.  
Stettin, Magazinstraße 2 und  
Hohenzollernstraße 3.

## Mass-Anzüge

24 und 30 M.

Palefots nach Mass 22 M.

Alle diejenigen  
welche in irgend einer Weise mit  
ihren Mass-Anzügen nicht zufrieden  
gestellt wurden, sollen unbedingt bei  
mir den Versuch machen.  
Kleider von prima 25945\*

## Stoffresten

die feinsten Stoff-Anzüge unter  
Garantie des Gutheißens zu obigen  
Preisen.

Engros-Rester-Handlung  
Vellendianstraße 98. 1 Tr.  
und

Chausseestraße 54. 1 Tr.

Wegen großen Andrangs bitte recht  
zeitig zu bestellen.

## 5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.  
Albrechts Bäckereien:  
Wrangeistraße 9, Krautstraße 19,  
Haltensielstr. 28, Lantierstr. 2.

## Fruchtweine:

Apfelwein	a Fl. 0,25 M. u. 0,30 M.
Johannisbeerwein	süß, kräftig 0,65 "
Stachelbeerwein	süß . . . 0,65 "
Heidelbeerwein	süß und herb 0,65 "
Kirschwein	süß . . . . . 0,65 "
Brombeerwein	süß . . . . . 0,75 "

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet  
und zurückgenommen wird.  
Die Fruchtweine sind erster Qualität.  
Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.  
**Hermann Meyer & Co.,** Wattstr. 11/12.  
Fernsprecher Amt III No. 3524. 4143L\*

En gros - Rohtabak - En detail  
Alle Sorten in großer Auswahl zu den äußersten Preisen. 41082\*  
Rud. Völcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstraße 45.

Berlin SO. 10.  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks  
**Specialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34872\*

Bühne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahn-  
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl.  
1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.



## Kenner Rauchen

# Zenith

## Cigaretten.



## Dampfervermietung

Vereine u. Gesellschaften

für halbe und ganze Tage. Zu er-  
fragen bei Rudolf Hartefeld,  
Mühlentstraße 67 a. 37512\*

## Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und aus-  
ländischen Stoffen für Palefots,  
Anzüge, Reifsteiber u. werden  
unter Garantie des guten Sitzes  
zu überaus billigen Preisen  
schleunigst angefertigt im Tuchgeschäft  
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

## Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante  
**Herren-Garderobe** \*

nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste  
Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.  
**Tomprowski, Prinzenstraße 55,**  
I. Etage Ecke Drebbenerstraße.

## Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Gewerbeamt  
beabsichtigt, die geschlossenen Proze-  
den aus den Jahren 1893, 1894,  
1895 und 1896 mit Ausnahme der-  
jenigen, in denen auf Veranlassung ein  
landgerichtliches Urteil ergangen oder  
ein Vergleich vor dem Landgerichte  
abgeschlossen ist, durch Einlaufen  
vernichten zu lassen.  
Wir fordern daher alle diejenigen,  
welche an der längeren Aufbewahrung  
der Akten ein Interesse haben, hier-  
durch auf, dasselbe innerhalb einer  
Frist von 4 Wochen bei uns anzu-  
melden und zu bezeichnen.\*  
Berlin, den 13. Mai 1902.  
Gewerbeamt zu Berlin.  
gez. von Schulz.

## Wohlfahrts- Geld-Lotterie.

Ziehung:  
27. bis 31. Mai

16 870 Geldgewinne bar  
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

**575000**  
Hauptgewinn: Mar.\*

**100000**  
**50000**  
**25000**

Originallosse a 3,50 Mk. Für  
Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Marienbg. Pferde-Loose**  
a 1 Mk. — 11 Stück 10 Mk.  
(Porto u. Liste 20 Pf.)  
**Oscar Bräuer & Co. Nchf.**  
Bank-Gesellschaft  
Berlin W., Friedrichstraße 181.  
Filialen:  
**N.W. Wilsnackerstr. 63**  
**O. Andreasstr. 46a.**

74. **Erich Lazarus** 74.  
Prakt. Zahn-Arzt, Berlin NO.  
74. **Gr. Frankfurterstr. 74.**  
Nabe Kaiserstr., Alexanderplatz.  
Sprechstunden: 9-7 Uhr.  
Schmerzl. Zahnziehen u. Bromsethyl  
(gefahrl. Betäubungsm.) 3 M.  
Plomben, künstl. Zähne v. 2 M. an.  
Auf Wunsch wöchentl. oder  
monatl. Teilzahlung! Umarbeitung  
schlecht sitz. Gebisse. Zahnarzt  
bei Berliner Orts-Krankenkassen.  
**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Spezialarzt für 22/5\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

# Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
16 Buchstaben zählen doppelt.

## Verkäufe.

**Restoration** mit Herberge am  
Alexanderplatz, Bahnhofs, Goldgrube,  
volle Konzession, Gewerkschaftsbesitzer,  
Zahlstellen, Vereine, viel Kaufkunden,  
billige Miete, zu verkaufen. Offerten  
J. 1 Expedition dieser Zeitung. 26676

**Gründergeschäft zu verkaufen**  
Haldenslebenstr. 41. 25676\*

**Büro-Verkauf**, herrlich ge-  
legene, Straßenplaner in Arbeit,  
Quadratmeter 8 Mark, halbe An-  
zahlung, verkauft Hausverwaltung,  
Himmelsstraße 151. 26296\*

**Gardinenhandl. Große Frankfurter-**  
straße 9, parterre. 737\*

**Vorjährige elegante Herrenhosen**  
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark  
Verkauf Sonnabend und Sonntag,  
Befreiung Germania, Unter den  
Eichen 21, II. 10308\*

**Herrenanzüge, Paletots, elegante**  
Ausführung, geringe Teilzahlung,  
Kunzberg, Landsbergerstraße 13. 11408\*

**Zuchtschreie, sportbillig, Kuchener**  
Hofstraße, Hohensteinweg 16, Hof. \*

**Weiße Herrenhüte, gute Qualität,**  
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen  
eurom billig, Kuffelstr. 25A, früher Barnim-  
straße 4 und 5. Sonntag ge-  
öffnet. 10888\*

**Teppiche** (sehr schöne) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes im  
Teppichlager Viktoria, Potsdamer Markt 4,  
Bahnhof Ecke. 1117\*

**Teppiche, gute Qualität, kleine**  
Becken, alle Größen, sportbillig,  
Fritz Stecher, Mühlstraße 17. \*

**Große Betten, 11 Mark an, echt**  
schöne Wandarmaturen, 1000 Stück  
1,50. Fabriklager Landsberger Allee  
Str. 37, I. 10869\*

**Bestellen mit Matrizen, 50 Scha-**  
fen und Solongarnituren, sowie andre  
Möbel stehen preiswert zum Verkauf,  
auch gegen Teilzahlung, Mark-  
straße 5, Wilmersdorf, Thielstr. 26345\*

**Kranke Halber** verkaufe billig  
Restoration, Dunderstraße 10. 23276

**Malzkräftiger, blutbildend, für**  
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,  
Gewichtszunahme, bessere Geschm-  
mack, überaus gesund, 14 Flaschen  
à 1/2 Liter, 1/2 Liter 3,50 kr. (inkl. Post-  
und Fracht). Nicht Glasflaschen, Qualität ein-  
schickel. Vorier: Kellerei Ringler,  
Bernauerstraße 119. 1177\*

**Haarvermittel, unbedenklich,**  
überzeugend, halber Pfennig  
Prohefalsen, Charlottenstraße 3. \*

**Stoppdecken** billigst Fabrik Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*

**Vaporiensandwahl** (sprechende-  
gerie graue 18,00, vielprechende  
Kunzgenen, fingerzug). Richter,  
Oranienstraße 87. 26496\*

**Taschenloft, Vertikale, Winkel-**  
spind 28, Rückenspind 10, verkauft  
Einkensstraße 138, I. links. 2703b

**Obst- und Gemüsegeschäfte im Rotten**  
Gange, auch große Zukunft noch zu  
erwarten, 48 Umstände halber billig  
zu verkaufen. Gefällige Offerten sind  
an die Expedition dieser Zeitung unter  
L. 1 zu richten. 2702b

**Nachmittags, sportbillig, diesen-**  
auswahl, Handliche Alexanderstr.  
Höhe 73. 249\*

**Vianino, sportbillig, Handliche**  
Alexanderstr. 73. 24/10\*

**Rechtigal, schlängelnd, 4., verkauft**  
Schramm, Waldemarstraße 33. 24/8

**Restoration** sofort billig ver-  
kauft! Grundstraße 54. 2716b

**Verlassene Händler** auch neue  
sportbillig, Gold, Uhren, Ringe und  
andre Goldarbeiten, wie Ketten jeder  
Art, sauber und schön, werden billig  
verkauft; auch altes Gold wird zu  
Zahlung genommen in der Handliche  
Prinzenstraße 28, I. Ecke Ritterstraße.

**Kolonialwaren, Obst, Gemüse-**  
Geschäft mit Rolle transportabel  
sportbillig verlässlich Friedenau,  
Meynstraße 35. 2712b

**Restoration** mit Herberge am  
Alexanderplatz, Bahnhofs, Goldgrube,  
volle Konzession, Gewerkschaftsbesitzer,  
Zahlstellen, Vereine, viel Kaufkunden,  
billige Miete, zu verkaufen. Offerten  
J. 1 Expedition dieser Zeitung. 2709b

**Operetten, Scherz, Verhören,**  
Toupetts billigst, beste Haarfarbe,  
Probeflasche 0,40. 2711b

**Ringel, Bobbin, Adler, Schnei-**  
näher, ohne Anschlag, Woche 1,00,  
gebraucht 12,00. Lieferung sofort.  
Postkarte genügt. Köpenickerstraße 66/61,  
Landsbergerstraße 82, I. 190\*

## Vermietete Anzeigen.

**Unfallsachen, Klagen, Eingaben,**  
Reklamationen, Bürger, Stenogra-  
fen 66. 25426\*

**Stofffreie jahrgangliche Behand-**  
lung, Jahrgangsbahnärztliche Poli-  
klinik, Chausseestraße 1a. 11558\*

**Kugeln-Tab., Köpenickerstraße 60,**  
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-  
stufen. 11268\*

**Uhren-Reparaturwerkstatt Wilhelm**  
Hofe, Putznerstraße 20. 7143\*

**Räder repariert** billigst Zimmer,  
Andreasstraße 70. 2612b

**Handliche, Bücher** kaufte Reich-  
haus Hofstraße 59 L. 143/3\*

**Reider, Betten, Möbels, Nachschä-**  
für eignes Geschäft, hochgehend,  
Kadabar, Kopenh. 32. 24/2\*

**Vianino, gebrauchte Fähe, aller-**  
höchste Preise. Ritterstraße 174.

**Rezeption!** Wer sich über diese  
schwierige Geschäftsaufgabe unter  
unerröndlich will, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Dis-  
sektion, welche unentgeltlich ver-  
sendet werden vom Berliner Tiergärt-  
verein, Königgrätzerstraße 108. Um  
gütigen Abdruck wird gebeten. 1616\*

**Witzigste noch Wohl, mit Bier**  
60 Pfennig, Vereinszimmer (40 Per-  
sonen fassend), empfiehlt Arnold  
Schlag, Oberbaumstraße, Wilmers-  
dammstraße 40. 24945\*

**Zum gemütlichen Thüringer, wis-**  
a-vis den Rückhöfen in Wilmers-  
dorf, empfiehlt mein Vokal, Kaffee-  
stube, Garten, Regeldahn. August  
Wälder. 7118\*

**Vereinszimmer für 40 Personen**  
noch einige Tage frei. Ledwig,  
Rauandammstraße 65. 10902\*

**Vereinszimmer, 35 Personen,**  
empfehle Claus, Krausenstraße 18.

**Gutes Privat-Mittagessen 40-50**  
Pfennig, Chausseestraße 29. 2713b

**Rechtsbureau** Jählich, Andre-  
straße dreizehndig. Rechtsfälle,  
Eingabengeld, Raterteilung. 2715b\*

**Broschürenlexikon** und alle andre  
Bücher kauft, bezieht Antiquariat  
Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. \*

**Vereinszimmer für 40 Personen**  
und Regeldahn noch zu vergeben bei  
Witz, Grüner Weg 120. 26326\*

**Musik zu Konzerten, Hallen, Par-**  
tys usw., mäßige Preise. Gänge, gut  
eingespielte, vielseitige Kapelle. Reim-  
sollen mit schlechter Musik, wie er-  
kennlich bei „Musikerbrüder“ (Arbeits-  
nachweisen), wird zusammengewürfelt,  
unmöglich. Schöner, Eichendorff-  
straße 23. 2919b

**Genosse mit 1000 Mark möchte sich**  
an Genossenschaft oder Geschäft be-  
teiligen. Offerten unter K. M. Expedi-  
tion Grünauerstraße 65. 2674b

**Rechtsbureau** Projektions-  
Eingabengeld, Raterteilung, Fall,  
Brannenstraße vierzig. 2726b

**Frauenhaare** kauft Winterfeldt,  
Chausseestraße 121. 2710b

## Vermietungen.

**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer vermietet  
Mariannenstraße 3, vorn II, rechts.

**Schlafstellen.**  
Möblierte Schlafstelle für zwei  
Herren zu vermieten. Salitzer-  
straße 125, vorn II, links. 2717b

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Blinder Stenografischer bittet um  
Arbeit. Stühle werden zu den  
billigsten Preisen gekauft, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geliefert. Adresse: Wulsdorferstr. 27,  
K. Wälder.

## Stellungsangebote.

**Tüchtige Bleiförder** sucht Fischer,  
Wilmersstraße 128. 11509

**Flaschen-Monteur** für Seltener-  
schaften, guter Accoroblohn, sucht Erd-  
mann, Annenstraße 17. 11602

**Maschinenwärter** im Hause ver-  
langt Alt, Sorauerstraße 23, II. 7147

**Drei Farbigenmacherinnen** und zwei  
Farbigenmacher gesucht, Dr. W. Boes u.  
Gie., Gollnowstraße 43. 2708b

**Maschinen-Wärter** für Krangen,  
Ranichten, Servierers, verlangt  
Kreuzbergstraße 7, Central-Dampf-  
Wasserkraft. 2508b

**Zu Arbeitsmarkt** durch  
bestehenden Druck hervorhebend  
Anzeigen sollen 40 Pf. pro Zeile

## Tüchtiger Feimer,

der mit dem Verleimen formierter  
Leisten genau Bescheid weiß, sofort  
gekauft. Offerten unter K. 1 an die  
Expedition dieses Blattes. 41982\*

**Zwei Töpfer- und Ofenheuer,**  
Lehrlinge, sowie ein Schmiede-  
lehrling werden unter günstigen Be-  
dingungen noch außerhalb sofort ge-  
kauft. Offerten unter M. 1 an die Exp-  
dition dieses Blattes. 42045\*

## Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten:  
Leide u. Co., Großbeerenstr. 54.  
Häcker und Holzhandwerker.  
Schmidt u. Hertensdorf, Forststr. 6.  
Grün u. Götting, Wilmersdammstr. 44/45.  
Wegner, Wilmersdammstr. 83/85.  
Die Arbeitsverwaltung.

## Achtung! Brauerei-Arbeiter!

Die Differenzen in der Wilmersdamm-  
Brauerei (Abteilung I) sind noch nicht  
getregelt. 41/47  
Die Agitations-Kommission.

**Lokales.**

**Verregnete Pfingsten.** Die ungünstige Witterung des Monats Mai hat auch die Pfingstfeiertage angehalten und die von Hunderttausenden gegebene Hoffnung, daß das Wetter sich zum Beste ändern werde, hat sich nicht erfüllt. Der erste Pfingstfeiertag brachte ein so regnerisches Wetter, wie wir es den ganzen Monat hindurch kaum gehabt haben. Regen- und Hagelstauer wechselten miteinander ab und die kalte Luft machte ein Verweilen im Freien unmöglich. Demzufolge hatten auch die Frühlingsfeste einen recht schwachen Besuch aufzuweisen. Der Verkehr auf der Eisen- und Straßenbahn war ungewöhnlich schwach und die für diesen Tag vorgesehenen Extrazüge im Bahnverkehr brauchten nicht in Betrieb gesetzt zu werden. Die Einnahmen der Gastwirtschaften in den Vororten waren recht gering, dagegen waren die Restaurateure und Theaterdirektoren in Berlin mit dem Geschäft recht zufrieden. Am zweiten Pfingsttag bläute sich der Himmel am Nachmittag auf und die wenigen Stunden besserer Witterung benutzten die erholungsbedürftigen Berliner, um ins Freie zu eilen. Größere Partien konnten natürlich nicht unternommen werden, dagegen waren von zwei Uhr nachmittags ab die nach Johannisbad, Friedrichshagen, Grunewald und Hemsdorf fahrenden Züge überfüllt und die nach den Vororten führenden Straßenbahnlinien verstopfter kaum den gewöhnlichen Verkehr zu bewältigen. Der größere Teil der Berliner Bevölkerung war jedoch so vorsichtig, Erholung in den öffentlichen Anlagen zu suchen, durch deren Wege tiefsichtige Menschenmengen fluteten. Am Dienstag pilgerten trotz des unbeständigen Wetters zahlreiche Ausflügler in die näheren Vororte.

**Zum Milchkrieg.** Von Sachverständiger Seite wird uns über die polizei-offiziöse Statistik über Milchuntersuchungen im Jahre 1901/1902 geschrieben: Groß-Berlin verbraucht täglich etwa 600 000 Liter Milch; in einem Jahre also gegen 219 Millionen Liter Milch. Von dem Polizeichefmeister Dr. Judenad sind in einer Jahresperiode nach erfolgter chemischer Untersuchung „beanstandet“ worden: 528 Proben, von denen übrigens nur 341 Proben auf Berliner Milchhändler entfielen. Demnach wurde in ungefähren Durchschnitt auf je 410 000 Liter Milch ein Liter „beanstandet“, und auf Grund dieser Fiktion hat der Polizeipräsident erklärt: „Etwa jeder dritte Käufer erhielt in den Berliner Milchverkaufsstellen Milch, die zu beanstanden war“ und: „etwa jedem vierten Käufer... wurde unter der Bezeichnung Vollmilch Halbmilch verkauft.“ Das Polizeipräsidentium hat noch immer keine Erklärung dafür gegeben, weshalb in seiner offiziellen Mitteilung über die sonstigen 26 000 Milchrevisionen und über deren glänzendes Ergebnis geschwiegen wurde. Das Polizeipräsidentium hätte es der öffentlichen Meinung überlassen sollen, ob auch diese den 26 000 gut angefallenen polizeilichen Milchrevisionen die geringe Bedeutung beimessen will, wie das Polizeipräsidentium nach dem Ausbruch des Milchkrieges, oder eine so hohe Bedeutung, wie dieselbe Behörde vor diesem Zeitpunkt. In allen bisherigen amtlichen Berichten über das Sanitätswesen bildeten nämlich für die Polizei gerade diese Milchrevisionen — neben den chemischen Untersuchungen — in ziffernmäßiger Wiedergabe die sachliche Grundlage der amtlichen Statistik. In dem letzten gedruckt erschienenen Berichte, der drei Amtsjahre umfaßt, werden diese — plötzlich einer Erwähnung ganz unwürdigen — Milchrevisionen für das erste Jahr mit 25 769 Proben = 2,8 Proz., für das zweite Jahr mit 29 112 Proben = 1,6 Proz., für das dritte Jahr mit 28 500 Proben = 1,2 Proz. der Beanstandungen in der vordersten Reihe aufgeführt. Und dann fährt der Polizeipräsident wörtlich fort: „Im ganzen ist auch in diesem Berichtsjahre eine nicht unerhebliche Reduktion der Uebertretungen zu verzeichnen, die man, da die Sorgfältigkeit der Kontrolle dieselbe geblieben ist, wohl auf eine Besserung der Verhältnisse zu beziehen berechtigt ist.“ Die Milchrevisionen, die durch besonders bestellte Kommissionen erfolgen, haben in Wahrheit einen ganz hervorragenden Wert, der auch in der Ministerialkonferenz vom Jahre 1898 von autoritativer und sachverständiger Seite in aller Form festgesetzt wurde. Diese erfahrenen und vorzüglich geschulten Beamten, die das spezifische Gewicht der Milch durch den technischen Gebrauch des Milchprobers feststellen, außerdem aber auf den Fettgehalt ihr Augenmerk richten, erzielen, obwohl ihre Untersuchungen nur „probierliche“ (i) sein sollen, nur zu häufig viel zuverlässigere Resultate, als der weniger erfahrene Chemiker mit wechselnden, nicht immer ganz zuverlässigen Untersuchungsmethoden zu Tage fördert. Völlig man aber auch die polizeilichen Methoden mit dem Polizeipräsidentium als durchaus „einwandfrei“ gelten, so bleibt immer bestehen, daß die polizeistatistische Methode in den offiziellen Publikationen manch' ersten Einwand herausfordert.

**Mangelhafter Arbeiterschutz.** Vom Vorstand der hiesigen Sozialorganisation der Maurer wird uns geschrieben: In der Sommerstraße, wie in der Bismarck- und Königgräberstraße läßt die Firma Siemens u. Halske einen neuen Schienenstrang legen und unterirdische Stromleitungen einrichten. Leider ist es bei diesen Arbeiten mit dem Arbeiterschutz sehr bedenklich bestellt. Die Arbeitszeit ist zum Teil über die Wachen lang; es kam vor, daß von morgens 6 Uhr bis Mitternacht gearbeitet wurde. Ferner ist für 80—100 Arbeiter nur eine Kanüle vorhanden und diese entspricht nicht im geringsten den billigen Anforderungen der Beschäftigten. Die Grundfläche der Bude nicht jenseit 741 Quadratmeter. Die übrigen Bauarbeiten sind nur für den Ingenieur, den Bauführer und den Polier da. Auch fehlt es an genügenden Aborten; die Arbeiter müssen entweder die Bedürfnisanstalten im Tiergarten gegen Entgelt in Anspruch nehmen oder, was auf dasselbe hinausläuft, Gasschächte ausschöpfen. Beschwerden bei der Betriebsleitung waren bisher ohne Erfolg. Die bekannte Redensart „Wenn es nicht kocht, der kann ja aufhören“ belamen die Arbeiter wiederholt zu hören, ja der Polier drohte in einem Falle sogar, Leute aus seiner Heimat nach Berlin kommen zu lassen. Drei Mann, die dem Herrn besonders gefährlich schienen, sind bereits entlassen worden. Vielleicht trägt diese Flucht in die Oeffentlichkeit zur Abhilfe der berechtigten Beschwerden bei.

**Die Internationale Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt** hält hier im Reichstagsgebäude zur Zeit ihre dritte Tagung ab.

**Die Ausgangstreppe am Stadtbahnhof Alexanderplatz** befindet sich in einem sehr bedenklichen Zustand. Die Stufen sind in hohem Grade abgenutzt, und es ist nicht selten, daß Fahrgäste darauf ausgleiten und eine unzeitweilige Ausschweifung machen. Oeffentlich wird nicht erst ein größeres Unglück abgewartet, bis das Nötige zur Reparatur geschieht.

**Wieder freigemacht** hat die Verwaltung der Großen Straßenbahn den Wagenplatz auf der hinteren Plattform, der rechts vom Ausgang liegt. Auf den Pferdeabfuhrwagen durfte dieser Platz von Fahrgästen nicht besetzt werden. Die etwas größer gebaute Plattform der elektrischen Wagen schien seine Benutzung zu zulassen. Im täglichen Gebrauch aber stellten sich allerdings Uebelstände heraus. Für etwas beliebige Fahrgäste war es beschwerlich, sich durch den stark eingengten Gang hindurch pressen zu müssen. Die Schaffner waren in ihrer Bewegungsfreiheit arg beschränkt, und doch sollen sie überall sein. Auf zahlreiche Beschwerden hin hat sich die Straßenbahn-Verwaltung veranlaßt gesehen, den Platz wieder frei zu machen. An den Wagen liest man wieder die Aufschrift: „Dieser Platz des Hinterpersonals bleibt frei.“ Ein Opfer aber hat die Straßenbahn damit nicht gebracht. Die Zahl der Plattformplätze bleibt dieselbe, und die Fahrgäste mögen sehen, wie sie sich unterbringen.

**Ein immerhin beachtenswertes Gesuch** hat die Ober-Postdirektion an sämtliche Gemeindeverwaltungen der Berliner Vororte erlassen. Danach sollen die Gemeindebehörden

die beabsichtigten Benennungen von Straßen, Plätzen etc. der Ober-Postdirektion erst zur Einverständnisklärung vorlegen. Sie begründet diese Verfügung mit der Schwierigkeit, die dem Postbeamten bei dem Sortieren der Briefe dadurch erwächst, daß eine große Anzahl von Straßen ähnliche, leicht zu verwechselnde Bezeichnungen tragen, wie z. B. Koch- und Kochstraße, Buchen- und Buchstraße, Christiania- und Christinenstraße, Wilms- und Wilmstraße etc. Weiter führt sie aus, daß oft Straßen und Plätze, die nach denselben Persönlichkeiten etc. benannt sind, in ganz verschiedenen Stadtteilen und Postbezirken liegen, z. B. Courbièreplatz in N. 65, Courbièrestraße in W. 92 und Hohenstaufenplatz in S. 59, Hohenstaufenstraße in W. 30. Vor allem aber bemängelt sie, daß in den Vororten und in Berlin Straßennamen sich mehrfach wiederholen, z. B. gibt es die Berlinerstraße 17 mal, Bahnhofstraße 11 mal, Wilhelmstraße 10 mal, Bismarckstraße 10 mal, Friedrichstraße 9 mal usw. Wie die Gemeindebehörden der Berliner Vororte sich dazu stellen werden, bleibt abzuwarten.

**Und einer noch nicht dagewesenen Veranlassung** wurde gestern der erste Witz nach der Kleinen Alexanderstr. 26 gerufen. Oben auf der Kiste eines Neubaus hatte man einen Totenkopf niedergelegt, so daß er deutlich zu sehen war. Um der Anwesenheit des Publikums ein Ende zu machen, entsetzte die Feuerwehr den Schädel.

**Eine kaum glaubliche Geschichte** beschäftigt eine Korrespondenz zufolge zur Zeit die Kriminalpolizei. Vor etwa vier Wochen verschwand die bei ihren Eltern in der Koloniestraße wohnhafte 12½ Jahre alte Elise D. während eines Geschäftsganges, den sie für ihren Vater unternommen hatte. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Kindes blieben ohne Erfolg und fast schien es, als ob das Mädchen das Opfer eines ganz unerklärlichen Unfalls geworden sei. Erst jetzt vor Pfingsten gelang es nun den emsigen Bemühungen der Polizei, den geheimnisvollen Fall aufzuklären, den Aufenthalt des Mädchens anzuforschen und es den Eltern zu übergeben. Elise D. war das bekannteste Opfer einer Gelegenheitsmörderin geworden, die das Kind förmlich gefangen hielt, um es der Schande preiszugeben. Die kleine Elise, die während dieser Wochen auf die schändlichste Weise verkauft wurde, ist an den Folgen dieser Lebensweise schwer erkrankt, körperlich vollständig heruntergekommen und schwächt in der Gefahr, Zeit ihres Lebens krank zu bleiben. In dem Tage ihres Verschwindens begab sich Elise D. in der Friedrichstraße einer elegant gekleideten Dame, die sie aufforderte, ihr gegen ein gutes Trinkgeld ein Paket nach ihrer Wohnung in der Kochstraße zu tragen. Das Mädchen willfährte abnungslos diesem Wunsche, als es jedoch in die Wohnung der fremden Dame kam, ließ man es nicht mehr los. Bald darauf erschienen Herrenbesuche und unterhielten sich mit dem zwölfjährigen Kinde. Nicht genug daran, machte auch die gewissenlose Frau mit dem Mädchen bei verschiedenen Herren Besuche. Die Gelegenheitsmörderin fuhr mit ihrem Opfer zu diesen Besuchen stets in geschlossener Droschke, und wiederholt geschah es, daß das arme Kind von der Wohnung irgend eines Wästelings in die eines anderen gebracht wurde. Bis jetzt sind die Namen einiger der Herren, die den sträflichen Verkehr mit dem Mädchen pflegten, der Behörde bekannt. Wie es heißt, sollen es durchaus Leute höherer Stände sein.

**Auf der Straßenbahnstrecke Spittelmarkt-Friedrichsfelde** ergaben sich für die Fahrgäste allerhand Schwierigkeiten bedenklicher Art. Die Anhängewagen fuhren nur bis zur Südbahnhofstraße, und wer weiter will, muß dann in den Kraftwagen umsteigen, vorausgesetzt, daß er dort noch Platz findet. Allerdings wird es mit der Besetzung nicht so genau genommen; es ist nicht selten, daß in Wagen 10 bis 15 überzählige Fahrgäste zusammengepreßt sind. Als kürzlich ein Friedrichsfelder Einwohner dem wegen Platzmangels ausgeperert wurde, trotzdem er den vollen Fahrpreis von 15 Pf. bezahlt hatte, richtete er an die Straßenbahndirektion eine Beschwerde. Er erhielt die Antwort, daß ihm unrecht geschehen sei; falls der Kraftwagen zur Aufnahme der Weiterfahrenden nicht genüge, müsse der Anhängewagen mitgenommen werden. Als der Anhängewagen am nächsten Tage trotz starker Besetzung abwärts fuhr, zeigte der Fahrgast triumphierend das Sarcin der Direktion vor. Der Wagenführer schien jedoch den Willen seiner Unternehmung besser zu kennen, denn der Anhängewagen blieb stehen und der unwillige Fahrgast mußte froh sein, im vollgepropten Kraftwagen mitgenommen zu werden.

**In der Nacht zu Montag stietten Einbrecher** der Ehrenhandlung von J. Greve, Friedrichstr. 30, einen Besuch ab. Bewohner des Hauses sahen, daß am frühen Morgen in dem Juwelierladen das Glas noch brannte und die zum Laden führende Hintertür geöffnet war. Sie riefen die auf dem Hofe wohnende Wäscherin, Witwe Greve. Diese fand den Laden fast ausgeräumt. Die Diebe hätten nur die wertlosen Sachen, minderwertige Waren sowie einige Wanduhren liegen lassen. Frau Greve schätzte ihren Schaden auf ungefähr 20 000 M., wovon nur ein Teil durch Versicherung gedeckt ist. Da vor wenigen Jahren ein vergeblicher Einbruchversuch gemacht worden war, hatte Frau Greve die Thür mit Sicherheits-schlössern versehen, sowie mit Eisenschloß besetzt lassen. Ein selbstliches Lötewerk führte nach ihrer Wohnung. Die Einbrecher hoben das Lötewerk durchschnitten und die Thür mit Brecheisen ausgehoben. Auffällig ist, daß niemand etwas von dem Geräusch, welches die Spitzhaken bei ihrer Arbeit verursachen, gehört hat. Auch von den Tagelohnarbeitern, die dort mit ihren Fuhrwerken bis zur frühen Morgenstunde vor der Thür stehen, hat keiner die Einbrecher gesehen.

**Heber acht Tage tot gelegen** hat der 82 Jahre alte Steinbruder Otto Knaal, der für sich allein im Hofgebäude des Grundstückes Hochmeisterstraße 14 eine Stube und Küche gemietet hatte. Der Mann war ein Sonderling und verkehrte mit seinen Hausgenossen fast gar nicht. Daher kümmerte sich auch niemand darum, daß er schon seit Sonnabend vor acht Tagen nicht mehr zum Vorschein gekommen war. Ein scharfer Geruch veranlaßte vorgestern den Hausverwalter, die verschlossene Thür zu öffnen. Man fand man den Insassen tot und schon stark verwest in seinem Bette liegen. Aus einem Briefe, den er für seine Schwester hinterlassen hatte, geht hervor, daß sich Knaal mit Kohlenoxydgas vergiftet hat.

**Der Vorstand des Gesangsvereins „Vortschritt“** ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Nicht der Gesangsverein „Unverzagt“, wie irrthümlich vom „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, sondern der Gesangsverein „Vortschritt“ hat das Grablied bei der Beerdigung des Genossen D a n i g gesungen.

**Frau Elisabeth Meyer-Hörner**, die Gattin des Dichters von „Alt-Heidelberg“, ist am Sonnabend, 82 Jahre alt, in Bozen an einer Bauchfellentzündung gestorben. Die Schriftstellerin ist bekannt durch den Roman „Das Drama eines Kindes“; zwei Schauspiele von ihr, „Räthe“ und „Heimkehr“, hatten weniger Erfolg.

**Feuerbericht.** Ein gefährlicher Kellerbrand kam am ersten Festtage früh kurz nach 2 Uhr in dem Lagerkeller des Kolonialwarenhändlers Gustav Klage in der Buchholzerstr. 9 zum Ausbruch. Aus noch nicht ermittelter Ursache hatte Benzol Feuer gefangen, dessen Flammen binnen wenigen Minuten den gesamten Inhalt dieser Kellerabteilung erfassten. Da in dem durch eine eiserne Thür verschlossenen Nebenraum noch Wasser mit Petroleum, Benzin und anderen Oelen lagerten, so lag die Gefahr einer Explosion sehr nahe. Die in mehreren Wäschkägen erkrankene Wehr sorgte denn auch in erster Linie dafür, daß die feuergefährlichen Flüssigkeiten aus dem Bereiche der Flammen kamen. Die Ablösung des Feuers sowie die Aufdämmungsarbeiten nahmen die Wehr über zwei Stunden in Anspruch. Vernichtet wurden in der Hauptkammer gefüllte und leere Kisten, Kolonialwaren und Verpackungsmaterial. Da in demselben Hause erst vor acht Tagen Feuer ausbrach, so herrschte unter den Mietern begreifliche Aufregung, da sie Brandstiftung vermuteten. Kurz darauf wurde die Wehr nach Stadtbahnhofen 1—5 gerufen,

wo in einem Lagerraum Stroh in Brand geraten war. Die Löscharbeiten wurden hier durch starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Vormittags gegen 9 Uhr gingen in der Soldinerstraße 3 Kleidungsstücke und Wäsche in Flammen auf, die indes in kurzer Zeit erlosch werden konnten. In der Nacht zum ersten Festtage war in der Alexanderstraße 36 in einem Keller Feuer ausgebrochen, das besonders allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial ergriff. Die Wehr hatte hier längere Zeit aus einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Bräckenstraße 6 mußte ein kleiner Brand in einem Badezimmer abgelöscht werden. — Außerdem hatte die Wehr im Laufe der beiden Festtage noch Alarmierungen von der Pelzigerstraße 8 und der Steinwegstraße 32 zu verzeichnen, die jedoch beide auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

**Selbstmord eines Oberlehrers.** Durch einen Revolveranschlag machte gestern früh der Oberlehrer Dr. B. aus Schöneberg, der seit kurzem an einem hiesigen Gymnasium angestellt war, seinem Leben ein Ende. B. war erst seit Anfang April dieses Jahres verheiratet. Heute früh fand man ihn in seinem Arbeitszimmer, aus einer Wunde blutend vor. Ein im selben Hause wohnhafter Arzt, der sofort herbeigerufen wurde, konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

**Sportmeldungen.** Das Hauptereignis auf der Nordbahn zu Charlottenburg war der am Sonntag erlangte Sieg des Hannoveraners Arend über den amerikanischen Regier Major Taylor. Die beiden Genannten hatten sich mit dem Italiener Virio aus den Vorläufen und Zwischenläufen das Recht auf das Entscheidungswetten geholt. Bei 350 Meter spurte Arend und dicht neben ihm Taylor. Trotz übermenschlicher Anstrengung war es dem Regier nicht möglich, Arend einzuholen; mit einer viertel Meilange siegte dieser. Ein Protest, den Taylor einlegen wollte, ward nicht angenommen. Arend und Taylor sollten später noch freundschaftlich das 10-Kilometer-Landensahren bestreiten, thäten aber nicht mehr mit.

**Charlottenburger Radfahren:** Arend (23½ Min.) 1. Major Taylor 2. Virio 3. — Ennatterrennfahren: Bader (3,50) 1. Debes 2. Reuschel 3. — Kurfürstendamms-Handicap: Röder (80) 1. Scheuermann 2. Heering 3. — Landensahren für Herrenfahrer: Nord-Damm (2,49 Min.) 1. Leyhoff-Sipkens 2. Päder-Martens 3. — 10-Kilometer-Landensahren: Allhoff-Heering (13,18 Min.) 1. Käser-Schilling 2. Meyer-Bettinger 3.

**Als Sieger im Dauerwettkampf Dresden—Berlin** traf Montagvormittag kurz vor zehn Uhr Karl Mann vom Berliner Sportklub „Komet“ in Charlottenburg im Sportpark ein; er hat die Strecke in 26 Stunden 52 Minuten zurückgelegt. An dem Wettkampf hatten sich 82 Mann beteiligt. Mann hat trotz des eintönigen Wetters sämtliche Weltrekorde geschlagen; er kam wohlbehalten hier an. In dem erwähnten Zeitraum ist ein einstufiger Aufenthalt an den Kontrollen etc. einbezogen. Erst nach 2 Stunden traf als Zweiter 12½ Uhr Berndt-Braun ein und um 2 Uhr 10 Minuten als dritter der Berliner Pechan. Weiter wurde Alar d'Heur-Verlin, fünfter Thau, sechster Portsch, siebenter Rung, achter Schmidt. Interessant ist die Thatsache, daß die ersten sechs Vegetarier sind. Eine Reihe von Wettgeheimen, so Alfier Allen und Voegel, hatten unterwegs aufgegeben.

Der belgische Radfahrer Charles Kerff ist am Sonntag bei dem großen Straßenrennen Paris-Paris gestürzt und mit dem Kopf gegen einen Stein gestossen. Er war sofort tot.

**In der Kraus** wird am Mittwoch (heute) abend Herr Dr. Emil Deder noch einmal über die Vulkanatmosphäre von Marinkau und Saint Vincent sprechen. — Nachmittags 4 Uhr wird der Auditionsvortrag: „Von den Alpen zum Belau“ zu halben Kaffeepreisen gegeben.

**Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.** Der ausgefallene Unterricht in Geschichte wird heute abend nachgeholt.

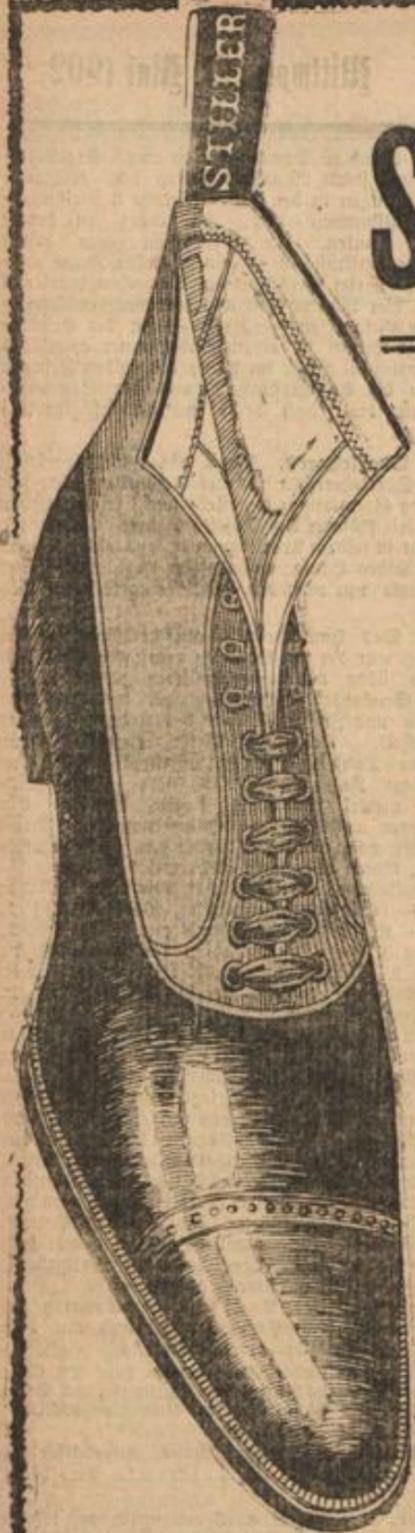
**Treptow-Sternwarte.** Die am 22. April gelegentlich der totalen Mondfinsternis von Direktor Archenhold mit dem Treptow-Fernrohr hergestellten Photographien, die in anschaulicher Weise die verschiedenen Phasen der Verfinsternung wiedergeben, sollen am 21. Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte, Mittwoch, den 21. Mai, den Mitgliedern vorgelegt werden. Eine dieser Aufnahmen ist im letzten Heft der gemetereologischen illustrierten Zeitschrift „Der Weltall“ durch Anstotze veröffentlicht. Ein von Herrn Dr. Ernst Reimer des dem „Astronomischen Museum“ geschenkter „Himmelsplanisphäoid“ wird praktisch vorgeführt. Zum erstenmal wird bei abgenommenem Okular das in der Brennweite des großen Fernrohrs entfallende Polsterbild auf einer matten Scheibe gezeigt. Der Vortrag des Abends 21. Mai wird von der hiesigen Sternwarte in unserer Anstalt durch den Direktor Archenhold gehalten unter Vorführung von Vorbildern anomaler Dämmungserscheinungen und leuchtender Nachtwolken. Gäste haben zu der Sitzung Zutritt.

**Aus den Nachbarorten.**

**Ein Opfer des Gewittersturmes am ersten Pfingstfeiertage** wurde der Kaufmann A d o l f aus Steglitz. Er passierte die Schloßstraße des benachbarten Vorortes, als ihm plötzlich ein Windstoss den Hut vom Kopfe riß. A lief dem Blüthling nach und rannte dabei blindlings gegen die Seitendecke der Vorderplattform eines Straßenabfuhrwagens der Linie Steglitz—Zoologischer Garten der westlichen Vorortbahn. A prallte mit solcher Gewalt mit dem Kopf gegen das Eisenblech, daß er zur Seite geschleudert wurde und heimgelassen liegen blieb. Der Kaufmann, der eine erhebliche Stimmwunde davontrug, wurde nach seiner in der Däppelstr. 16 belegenen Wohnung gebracht.

**Zwei Bootsunfälle** fanden Montag auf der Havel statt; glücklicherweise fielen ihnen keine Menschenleben zum Opfer. Auf dem Tegeler See kenterte in der Nähe der Havelmündung ein mit zwei Damen und drei Herren besetztes Ruderboot. Der Unfall war vom Ufer aus bemerkt worden, und die fünf jämmerlich um Hilfe rufenden Personen konnten mit Ruderbooten gerettet werden. Eine der beiden Damen, welche bereits die Bestimmung verloren hatte, erholte sich wieder. Der zweite Unfall fand in der Nähe von Schildhorn statt. Vier kräftigen drei junge Leute mit einem Ruderboot die Havelseen, als dem einen das Ruder entfiel. Um es zu ergreifen, beugte er sich über den Rand des Fahrzeuges und brachte es zum Kentern. Alle drei waren jedoch gute Schwimmer und konnten sich so lange über Wasser halten, bis ihnen durch andere Ruderer Unterstützung zu teil wurde. Die Verunglückten wurden nach Schildhorn gebracht.

**Ein Irrenskandal!** Durch Beschluß des Landgerichts Potsdam als Berufungsinhalt wurde, wie „Die Welt am Montag“ schreibt, der Antrag des Oberleutnants J. D. v. R u d e, der ein hervorragendes Ehrenamt in einer unfer ersten Logen einnimmt, auf Entmündigung seines Sohnes als unbenutzbar zurückgewiesen. Der Vater veranlaßte seiner Zeit bekanntlich die großes Aufsehen erregende gewaltsame Internierung seines Sohnes in die Maison de Santé in Schöneberg, um die von diesem eingegangene nicht handgemäße Deirak für ungültig erklären zu lassen. In diesem unglücklichen Entmündigungsverfahren sind so ungeheuerliche Dinge vorgekommen, daß sich einige Logenbrüder im Interesse des Ansehens dieser erklärten Vereinigung gezwungen sahen, einen Antrag auf ehrenrichtliche Untersuchung gegen den Vater zu stellen. Kompromittiert ist in dieser Affaire auch ein bekannter Potsdamer Arzt, welcher seinem Logenbruder ein Zeugnis zur Verfügung stellte, nach dem Arnold von Rude gemeingefährlich irrsinnig sein sollte, ohne diesen hierfür besonders untersucht zu haben, während er ihn genau einen Monat früher als beamteter Arzt nach eingehender Untersuchung bescheinigt hatte, daß er in jeder Hinsicht gesundheitlich der Stellung eines Bezirkskommissars gewachsen sei. In dem unglücklichen Entmündigungsverfahren sind fundamentale gesetzliche Vorschriften mißachtet worden, so daß der Staatsanwalt, welcher der entscheidenden Verhandlung beiwohnte, Veranlassung nehmen dürfte, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.



# Sehr vorteilhafte Schuhofferte!

Nachdem das grosse Pfingstgeschäft beendet ist, verbleibt ein grosser Theil Schuhwaaren in den bekannten guten Qualitäten, welchen das volle Sortiment fehlt.

## Bevor der Verkauf für die Reise

und für die Sommerzeit beginnt, sollen derart unvollkommen sortirte Artikel geräumt werden. Um diese Räumung zu beschleunigen, werden die Restbestände aller Art

## Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhwaaren

zu billigen Preisen abgegeben.

Eine Parthie

## zurückgesetzter Schuhwaaren

wird **extra billig** ausverkauft

## Besonderer Rabatt von 10 Proc.

wird ausserdem auf eine beschränkte Menge regulärer Schuhwaaren, welche durch andere Sorten ersetzt werden sollen, gewährt. — Da die dem Räumungs-Verkauf unterstellten Waaren

von tadelloser Haltbarkeit

sind, so bietet das Schuhwaarenhaus STILLER eine besonders günstige Gelegenheit, sich mit sehr billigen Schuhen und Stiefeln für alle möglichen Zwecke, namentlich für den

## alltäglichen Gebrauch und für den Ferien-Aufenthalt

zu versehen. — Die betreffenden Artikel sind auf besonderen Tafeln ausgelegt und treten die billigen Ausnahmepreise von

**Mittwoch, den 21. Mai a. c.**

an in Kraft.

Dieser Räumungsverkauf findet nur **Jerusalemstr. 40** am Dönhoffplatz statt.

# Stiller's Schuhwaarenhaus

W., Potsdamerstr. 2  
am Potsdamer Platz.



BERLIN SW.

Jerusalemstrasse 38-40

am Dönhoffplatz.



W., Tauenzienstr. 19a  
zwischen Nürnberger- und Passauerstrasse.

Neu eröffnet: „Stiller's Herren-Stiefel-Geschäft“ Jerusalemstrasse 38-39, direct neben dem Hauptgeschäft.